

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern ober deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Berichtigungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Dienstag, den 15. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

„Vor der Katastrophe.“

I.

Unter diesem Titel hat der Wiener Journalist Ganz die Feuilletons gesammelt herausgegeben, die er in verschiedenen deutschen Zeitungen von Russland aus erscheinen ließ, wo er die ersten drei Monate dieses Jahres zugebracht hat. Ganz hat keine tiefgehenden Forschungen über die politischen und wirtschaftlichen Zustände Russlands angestellt. Auch ist er mit keinem russischen Revolutionär zusammengekommen und ist infolgedessen über die revolutionären Parteiverhältnisse Russlands sehr mangelhaft unterrichtet. Was aber seine Skizzen für den deutschen Leser wertvoll macht, ist — abgesehen von den recht anschaulichen und mit feiner Beobachtungsgabe entworfenen Bildern aus dem russischen großstädtischen Leben — insbesondere die Wiedergabe der Urteile über die politischen Zustände Russlands, die G. von einer Reihe von Leuten aus der „höheren“ russischen Gesellschaft gehört hat, von hohen Staatsbeamten verschiedener Ressorts, Professoren, Rechtsanwälte, Literaten, an die er mit guten Empfehlungen versehen war. Was er von allen diesen Leuten zu hören bekam, bestätigt durchweg das Bild der russischen Zustände, welches der Königsberger Prozeß vor dem deutschen Publikum enthüllt hat. Fürst X. (um seine Gewährsleute vor der Rache der russischen Schergen zu bewahren, nennt G. ihre Namen nicht), der „Freund und einstige Vertraute des Zaren“, sagte: „Wir werden regiert von einer Kamorra von Beamten, die gar kein Interesse an der wahren Wohlfahrt des Landes hat, aber das höchste an der ungeheuerlichen Erhaltung ihrer Macht. Wenn der Zar heute die Wahrheit über die Zustände und die Stimmung des Landes hören wollte, er könnte sie nie erfahren, weil in jener Kamorra keiner den anderen preisgibt, weil es dort nur einen Gott gibt, die Karriere mit allen ihren Chancen legitimen und illegitimen Gewinns.“ Diese Beamtenkamorra, welche Fürst X. auch „eine Bande von Anarchisten im Amte“ nennt, spielt „va banque“, um zu verhindern, daß der Zar sich dem Volke nähere oder gar Institutionen schaffe, die der Beamtenmacht ein Ende bereiten würde. Dem Zaren wird eingeredet, daß jeder Versuch, die öffentliche Meinung von ihrer Anbetung zu befreien, zu den Etats généraux, zur Konstituante und endlich zum Schafott führen würde.

Die Art, wie die Beamtenkamorra ihre Söldnerschicht ausblutet, und die Folgen, zu denen sie führt, werden von allen Gewährsmännern Ganz' übereinstimmend geschildert. Alle Versuche, die von einzelnen Ressorts, Selbstverwaltungsorganen und Vereinen gemacht werden, um die wirtschaftlichen Verhältnisse Russlands zu heben, werden gewaltig unterdrückt, weil in erster Linie das Volk von jeglicher Bildung ferngehalten werden muß und weil hinter jeder gemeinsamen Besprechung politische Absichten gewittert werden. „Es wird bei uns nicht mehr verwaltet, sagt ein hoher Staatsmann, sondern nur noch überwacht, verhaftet, verurteilt.“ Die unausbleibliche Folge ist die wachsende Verarmung des russischen Volkes.

Auf die Frage, welche Hoffnungen für die Zukunft zu hegen seien, gab einer der ersten Rechtsanwälte Russlands die folgende Antwort: „Alles hängt davon ab, wie dieser Krieg endet. Wenn Gott uns hilft und wir verlieren diesen Krieg, so ist eine Besserung denkbar, weil dann der Bankrott, auch vor allem der chronische finanzielle, nicht mehr verkleinert werden kann. Wenn jetzt ein Mensch in mein Zimmer träte, — um diese Zeit betreten nur anständige Menschen mein Zimmer — und ich würde ihn fragen: was hoffst und wünschst du vom Kriege, so wäre seine Antwort: Schläge! Das einzige Mittel, uns zu retten. Wenn wir berechnen, wie viel Menschen alljährlich durch den Absolutismus erschossen und deportiert, wie viel Familien ruiniert werden, so ist das auch ein Krieg und ein ärgerer. Nur eine Niederlage kann diesem inneren Kriege ein Ende machen, der uns langsam zugrunde richtet. Darum nochmals: Wenn Gott uns hilft, verlieren wir diesen Krieg. Lassen Sie sich durch keine offiziellen Veranlassungen täuschen.“ Jeder gute Russe betet: „Gott hilf uns und laß uns Schläge kriegen.“ Zu der Tat ist dieses Gebet dem Verfasser von allen Leuten, mit denen er redete, wiederholt worden.

Zur Nachprüfung seiner Eindrücke begab sich G. vor seiner Abreise aus Russland zu einem hochgestellten Beamten von streng konservativer Gesinnung. Ein Teil der Unterhaltung mit ihm sei hier auch wiedergegeben: „Ich will nicht mit Scheuklappen durch Russland gegangen sein“, sagte G. „Wenn eure Erzählung die Güte haben wollten, was ich bisher gehört habe, als Konservativer zu widerlegen und mich eines Besseren zu belehren, so würde ich eure Erzählung zu besonderem Danke verpflichtet sein.“

„Was haben Sie gehört?“ war die Antwort des Grafen. „Daß Russland verhungert, während die Regierungen Budgetüberschüsse aufweisen.“

„Ist leider wahr.“

„Daß die Intelligenz verzweifelt?“

„Ist auch wahr.“

„Daß ein Wiederaufleben des Terrorismus zu befürchten ist.“

„Ist auch wahr.“

*) Hugo Ganz, „Vor der Katastrophe“. Ein Wkz ins Zarenreich. Frankfurt a. M. 1904.

**) G. ist übrigens im Petersburger „Volkshaus“ selbst Zeuge einer patriotischen Demonstration gewesen und schildert sehr anschaulich, wie sie von der Polizei gemacht worden ist.

„Ist ebenso wahr.“

„Daß ganz Russland hofft, der Krieg werde verloren gehen, weil nur so dem gegenwärtigen Regime ein Ende bereitet werden kann.“

„Ist wieder wahr.“

„Daß dieses Regime alles Maß der Verworfenheit übersteigt und nur mit dem Prätorianerregiment in Spät-Rom verglichen werden kann.“

„Ist noch gar nicht wahr genug.“

Seine Psychoanalyse, bemerkt Ganz, muß während des knappen Frage- und Antwortspiels einen recht eigentümlichen Ausdruck angenommen haben, denn nun unterbrach mich der Graf und sagte:

„Sie wundern sich über meine Antworten, daß ich als konservativer Staatsdiener so spreche. Aber ich hoffe, Sie werden nicht konservativ und infam für identisch halten, und wenn Sie das nicht tun, werden Sie mir nicht zumuten, daß ich das Regime Plehwe billige.“

So urteilt ein russischer konservativer Staatsmann über ein System, zu dessen Unterstützung sich unsere Minister, unsere deutsche Polizei, Zoll- und Justizbehörden hergegeben haben!

II.

Seitdem Ganz die oben wiedergegebenen Unterhaltungen mit hochgestellten russischen Persönlichkeiten gehabt hat, ist die Entwicklung in Russland bereits um einiges vorgeschritten. Die von allen Freunden des russischen Fortschritts heiß ersehnten Schläge sind bis jetzt wenigstens pünktlich eingetroffen, die Finanzkatastrophe, die industrielle Krise und die allgemeine Unzufriedenheit ist in Russland in stetem Wachstum begriffen und Plehwe, der ehemalige Vertrauensmann der „Beamtenkamorra“, weist nicht mehr unter den Lebenden. Sein Tod kam seinen Auftraggebern nicht ganz unangelegen. Der Versuch, eine Anleihe im Auslande aufzunehmen, der gerade zur Zeit des Königsberger Prozesses unternommen wurde, war gescheitert — Mendelssohn gab den Rat, einen günstigeren Zeitpunkt dafür abzuwarten. Im Inlande ergab sich bald die Notwendigkeit einer neuen Heeresmobilisation im großen Maßstabe. Es galt nun, im In- und Auslande neues Vertrauen zur russischen Regierung zu erwecken, da die Niederlagen in Ostasien selbst durch die größten Ausgaben für Reklamezwecke sich auf die Dauer nicht in Siege verwandeln ließen, galt es die Reklametätigkeit auf ein anderes Gebiet zu verlegen — es mußte in marktschreierischer Weise der Anbruch einer neuen freien Ära im inneren Leben Russlands proklamiert werden. Nach bereits in früheren Zeiten bewährtem Muster beschloß man, es wieder einmal mit einem liberalen Zwischenspiel zu versuchen. Wir werden demnächst in ausführlicher Weise auf den „neuen Kurs“ in Russland unter Swiatopolski-Witkij zu sprechen kommen, in diesem Zusammenhang sei nur erwähnt, daß, um den Anschein zu erwecken, als stehe Russland vor gewaltigen Reformen, es der „loyalen“ Presse gestattet worden ist, in ziemlich offener Weise ihre Ansichten über das bisherige russische Regierungssystem zum Ausdruck zu bringen. Die russische Regierung macht das gewiß mit der Absicht, im Augenblick, der ihr dazu als geeignet erscheinen wird, Rückzug zu blasen. Sie spielt aber jedenfalls ein sehr gewagtes Spiel. Vom weiteren Verlauf des ostasiatischen Krieges und nicht zum mindesten von dem Maße der Geschicklichkeit und von der Einigkeit, mit der die russischen Revolutionäre die Situation auszunutzen werden, wird es abhängen, ob sie das Spiel gewinnen oder verlieren wird. Zurzeit haben aber die Freunde des russischen Fortschritts den Vorteil, daß sich vor der gesamten Öffentlichkeit in nicht geahnter Weise wichtiges Anlagematerial gegen das absolutistische Regierungssystem anhäuft. Wir erleben jetzt ein seltsames Schauspiel: Dasselbe — dem Wesen nach — was Herrn Ganz zu Beginn dieses Jahres von einer Reihe von Russen aus der höheren Gesellschaft ins Ohr geflüstert wurde, daselbe, was Professor v. Neusner vor der ganzen zivilisierten Welt im Gerichtssaal zu Königsberg über das russische Regierungssystem ausgesagt hat, daselbe wird nun unter Genehmigung der russischen Regierung in der gesamten russischen Presse — mit Ausnahme der „Moskowskija Wjedomosti“ und noch einem oder zwei unentwegt absolutismustreuen Blättern — fortlaufend in jeder Nummer ins Land hinausposaunt. Um der deutschen Regierung die Lust zu nehmen, bei den bevorstehenden Reichstagsdebatten über den deutschen Rufenskurs mit der Behauptung aufzutreten, das in Königsberg entworfene Bild der russischen Zustände sei einseitig und nicht zuverlässig, wollen wir aus der ungeheuren Fülle des Materials, das sich im Laufe der letzten zwei bis drei Wochen in der russischen „loyalen“ Presse angehäuft hat, nur einiges herausgreifen. So schreibt das Moskauer Blatt „Ruskija Wjedomosti“ in der Nr. vom 27. Oktober: „Die Herstellung sicherer Garantien für die persönliche Freiheit nebst der Befreiung der Presse vom Regime der administrativen Zensur ist eins der dringendsten und größten Bedürfnisse der russischen Gesellschaft. Die Russen leiden nicht nur darunter, daß ihr Mund mit Amtssiegeln verschlossen ist, sondern auch noch darunter, daß der Boden unter ihren Füßen ständigen Schwankungen unterworfen ist. Ihr Tätigkeitsgebiet gleicht einer Theaterschneise, die mit zahlreichen Verfenklöchern versehen ist, die jeden Augenblick bereit sind, sich auf Befehl eines unsichtbaren Regisseurs zu öffnen! Wer weiß es nicht, daß alljährlich Hunderte von Opfern in solchen Verfenklöchern-

gruben verschwinden, die nicht nur der Nachwelt, sondern auch den Zeitgenossen unbekannt bleiben? Viele von ihnen verschwinden spurlos und für immer und hinterlassen nur den übrigen unheilbaren Schmerz, diejenigen aber, die wieder einmal auf der Oberfläche des Lebens auftauchen, kehren selten zurück, ohne — wenn nicht geistig, so körperlich — gebrochen zu sein. Wer ist im Stande, mit Worten dem großen Kummer Ausdruck zu verleihen, der erlebt wird infolge der Gefaltomben, die alljährlich dem Roloß der administrativen Willkür dargebracht werden? Wer kann die Wunden zählen, die den Herzen zahlreicher russischer Väter und Mütter geschlagen werden! Wer wird so kühn sein, die verderblichen Folgen zu leugnen, die durch alles das für das Wachstum und die Entwicklung Russlands entstehen?“ In der Zeitung „Prawa“ wird die Söldnerschicht der russischen Bürokratie folgendermaßen geschildert:

„Der Krieg hat gezeigt, in eine wie aussichtslose Lage ein großes Volk gebracht werden kann, das jeglicher Freiheit des Denkens, des Fühlens und des Tuns beraubt ist dank der Bürokratie, die sich ausschließlich alle Fäden einer verantwortlichen Verwaltung und jedweder Bevormundung des Volkes angeeignet hat. Niemals hat diese Vormundschaft einen solchen Umfang erreicht, niemals hat die Willkür weniger mit dem Gehege gerechnet, niemals hat das Land dies so schmerzhaft empfunden, wie in den letzten Jahren, wo es alle seine Kräfte mit Selbstaufopferung der Kulturarbeit hingab, wobei es auf jeden Schritt auf das Entgegenwirken und die Bevormundung seitens der Bürokratie stieß.“

Das waren Stimmen aus der liberalen Presse. Nicht anders spricht sich aber auch die konservative Presse aus. Im „Nowoje Wremja“ lesen wir z. B.:

„Am Besten ist das Volk in einer freien Gemeinschaft organisiert, alle seine Kräfte werden großgezogen und schonend ausgenutzt, der Genius der Nation und ihr Wille ist beteiligt an der Schöpfung des Volkschicksals. So lange Russland vor sich selbst fürchtete, so lange die Volkkräfte gebunden sind, so lange das Recht der Nation, an der Gestaltung ihres Lebens nicht anerkannt ist, kann man da von einer Unbesiegbarkeit und von einer Weltbeherrschung reden?“ Und selbst der berüchtigte „Grashdanin“ des Fürsten Welschschersky spricht sich in nicht mißzuverstehender Weise dahin aus, daß Russland nur durch den Verzicht auf das absolutistische Regime aus seiner trostlosen Lage gerettet werden kann. So lesen wir in dieser Zeitung zum Beispiel:

„Russland zu regieren ohne die Mitwirkung der Gesellschaft ist unmöglich.“ Und ferner: „An dem Tage, wo in der Auffassung des russischen Volkes die russische Gesellschaft mit der russischen Regierung identifiziert sein wird, wird es sich gern dem Einfluß dieser enormen Kulturmacht unterordnen.“

Im übrigen ist selbst im Leitartikel unserer „Kreuzzeitung“ vom 8. November, betitelt: „Frühlingswochen in Russland“ eine Zusammenstellung von Stimmen aus angesehenen russischen Blättern gegeben, die klar erkennen lassen, welches Elend über ein großes Volk durch die absolutistische Herrschaft einer kleinen Clique gebracht worden ist.

Und nun, nachdem — unter Billigung und Genehmigung der russischen Regierung selbst — das absolutistische Regierungssystem in Russland allseitig gebrandmarkt ist, find wir berechtigt zu fragen: steigt dem Grafen von Willow nicht die Schamröte ins Gesicht beim Gedanken, daß er die deutschen Behörden zum Schutze dieser „Bande von Anarchisten im Amte“ (wie sie ein Freund des russischen Kaisers genannt hat) mobil gemacht hat? Oder wird er auch fernerhin die Fahne dieser Bande auf deutschem Gebiete hochhalten?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Die Ehrenwortjustiz des Schutzmanns.

Die russische Studentin Janina Barjon ist am Sonntag mittag genau so formlos und plöcklich aus dem Polizeigefängnis entlassen worden, wie sie verhaftet wurde. Ihr Vater, ein reicher Bankier in Petersburg, war nach Berlin gekommen und ihm hat der Herr Dr. Henninger seine Tochter übergeben, ohne daß auch nur ein A u s w e i s u n g s b e f e h l verfügt worden ist. Die ganze Affäre wurde erledigt, als ob wir nicht in einem Rechtsstaat, sondern in einem großen Offizierskasino lebten. Herr Dr. Henninger, der Chef der politischen Polizei, hat sich herausgenommen, dem Vater der Studentin das Ehrenwort abzuverlangen, daß seine Tochter noch Sonntag mit dem Abendzug um 7 Uhr nach Genf abreisen würde. Dieses Ehrenwort krönt die Affäre. Die Polizei kann verhaften, wen und wie sie will, sie kann aber auch Gnade üben gegen wen und wie sie will. Eine Art administrative Begnadigung wurde dieser russischen Studentin zu teil. Ein Ehrenwort genügt, um sie sogar vor einem Ausweisungsbefehl zu schützen. So wird über die elementaren Rechte der Staatsbürger, so wird über die Freiheit der Fremden politisch verfügt. Kein Gerichtsverfahren, nicht einmal ein ordentliches polizeiliches Verfahren, sondern ein Ehrenwort tritt an die Stelle jeglichen Rechts. Die Polizeiwilktür, gemildert durch das Ehrenwort, das ist die neueste Form der Rechtsbetätigung im preußischen Polizeistaat. Zu dem polizeilichen Strafbefehl kommt der polizeiliche Gnadenbefehl. Mit diesem Ausgange der Angelegenheit hat die Polizei zugleich bewiesen, daß auch nicht der Schein eines Rechtsgrundes vorgelegen hat, als man die Russin verhaftete, kein

fürstliches Recht und kein moralisches Recht zur Ausweisung. Man hat das Fräulein 10 Tage im Gefängnis gehalten, man hat sie körperlich unterjocht, sie von der Außenwelt abzusperren versucht, ihr selbst einreden wollen, daß sie keines Rechtsbeistandes bedürfe. Kurz, man hat sie zunächst schlimmer behandelt als den schwersten Verbrecher, dem man binnen 24 Stunden mitteilen muß, wessen man ihn beschuldigt.

Vielleicht noch kompromittierender für einen Rechtsstaat als die schlechte Behandlung der Russin ist die lebenswürdige Weise, mit der man später mit ihr umging. Die Leidenszeit der Verhafteten zerfällt in zwei scharf geteilte Hälften. Als sie plötzlich verhaftet ward, wurde die Dame, der doch nichts nachgesagt werden konnte, auf das Rücksichtslosste behandelt. Ihre erste Vernehmung vor der Polizei war derart, daß sie jedes weitere Verhör ablehnen mußte. Der Beamte, der sie nach der Verhaftung zuerst ausfragte, schien nämlich nur Interesse für ihre persönlichen und privaten Angelegenheiten zu haben. Er fragte sie in erster Linie nicht nach etwaigen Verfehlungen, nach ihren politischen Anschauungen oder Handlungen, sondern er wünschte alle Einzelheiten ihres Privatlebens zu erfahren und er entwickelte in dieser Beziehung eine ganz erstaunliche Witzbegierde. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, in welcher Beziehung die privaten Verhältnisse einer russischen Studentin zu ihrer politischen „Anrüchlichkeit“, zu ihrer etwaigen Auslieferung oder Ausweisung stehen sollen. Wie erwähnt, war diese Vernehmung derart, daß sich die Dame jede weitere Inquisition verbat.

Die Folge war, daß sie während der ersten 5 Tage völlig isoliert war, niemand von ihren Freunden bekam Zutritt zu ihr, sie durfte nicht einmal im Freien spazieren gehen. Dafür hatte sie aber eine sehr peinliche körperliche Untersuchung zu bestehen und sie hatte auch sonst Gelegenheit, sich über das Verhalten der Aufseherinnen zu beklagen. Nach den Schilderungen, die man uns gegeben hat, schien das Fräulein während dieser Zeit nicht nur das amtliche Interesse, sondern auch die menschliche, allzu menschliche Neugier der Angestellten des Polizeigefängnisses erregt zu haben. Sie mochte wohl als ein interessantes Fabelwesen in der Eintönigkeit des Polizeidaseins erscheinen. Die seelischen Erschütterungen dieser Marterzeit wirkten derart auf ihren Gesundheitszustand, daß sie körperlich verfallen das Gefängnis verließ.

Es ist schon früher mitgeteilt worden, daß der Dr. Henninger der Meinung war, eigentlich hätte sie keinen Anspruch auf einen Rechtsbeistand. Als dann aber nach 5 Tagen der Rechtsanwalt Fränkl sich ihrer annahm, und als man erfuhr, daß man nicht eine Studentin aus dem russischen Proletariat vor sich habe, sondern die Tochter eines sehr einflussreichen Mannes, der auch in Berlin bedeutende persönliche und finanzielle Beziehungen unterhält, da wurde man plötzlich außerordentlich lebenswürdig. Die Dame hatte sich seit dieser Zeit nicht mehr über mangelndes Entgegenkommen zu beklagen.

Am Freitag wurden dem Rechtsbeistand des Fräulein Baronin auch die „Gründe“ angegeben, weswegen man sie verhaftet habe. Sie habe im Februar den Protest gegen die Schnorrer- und Verschwörer-Rede des Grafen Bülow unterschrieben, sie hätte zweitens in Berlin mit Anarchisten verkehrt, sie hätte am 18. März die Gräber der Märzgefallenen besucht und sie wäre endlich Mitglied des „Bereins freier sozialistischer Sozialisten“ gewesen. Die behauptete Mitgliedschaft in jenem Verein ist natürlich blauer Unfuss. Der Verein würde sofort aufgelöst sein, wenn er Frauen aufnehmen würde. Daß ein Protest gegen Beleidigungen des Grafen Bülow zur polizeilichen Inhaftierung berechtigen sollte, dürfte eine außerhalb Russlands und der Türkei nicht erhörte Auffassung sein. Auch der Verkehr mit irgend welchen Verlonen ist bisher nicht strafbar in Deutschland. Man kann mit einem Mörder verkehren, ohne strafbar zu sein, man kann sogar mit irgend einem Minister Beziehungen unterhalten, und es gibt keinen Strafgesetzbuchparagrafen, nicht einmal eine Polizeiverordnung, die verbietet, daß man mit einem Anarchisten Freundschaft pflege. Was nun gar den Besuch der Gräber der Märzgefallenen anbelangt, so weiß man zwar, daß die Polizei diese Ehrung der bürgerlichen Revolution sehr ungern sieht, aber eine strafbare Handlung liegt auch darin nicht.

Es ist eine beispiellose Dreistigkeit und zugleich in der Dreistigkeit ungläubliche Torheit der Polizei, mit solchen Gründen eine Verhaftung rechtfertigen zu wollen. Denn damit bezichtigt sie sich selbst, daß sie sich das Recht einräumt, ganz nach Willkür und Laune jeden, wenigstens jeden Ausländer, beim Fragen zu nehmen, der ihr irgendwie nicht behagt.

Nun freilich wollte es das Mißgeschick des Herrn Dr. Henninger, daß sein neues schneidendes Ruffenregiment, über dessen Neumodifizierung wir neulich Mitteilungen machen konnten, schon beim ersten Probestück kläglich verunglückte. Man hatte sich eben ein untaugliches Opfer ausgesucht. Man hat sicher inzwischen erfahren, daß Russland durchaus keinen Wert darauf legt, die Tochter eines so einflussreichen Mannes in Berlin mißhandelt zu sehen, und so ließ man sie frei, — frei gegen ein väterliches Ehrenwort. Das ist die soziale Seite dieser blamablen Angelegenheit. Wäre die Russin ein armes Mädchen ohne gute Beziehungen gewesen, so hätten sich bei der Polizei sicher jene vier Anklagen, durch die die Verhaftung begründet werden sollte, zu einem so schweren Vergernis verdichtet, daß man sie in schonungslosster Weise ausgewiesen, vermutlich als „Anarchistin“ über die russische Grenze. Da aber mit solcher Tat in diesem Falle keinerlei Vorteil zu erzielen war, so ließ man sie laufen.

Diese Freilassung, die ebenso unmotiviert war wie die Verhaftung, ist der Gipfel des Stands; denn sie beweist, daß ganz wie in Russland auch bei uns der Schutzmänn allmächtig ist, daß er aber auch, wie in Russland, Unterwürigkeit zu machen weiß, je nach der gesellschaftlichen Stellung der Persönlichkeiten, die das Unglück haben, ihm zu mißfallen. Der Fall Baronin greift bis in die Wurzeln des russischen Polizeistaates Preußens. Die Polizeibureaukratie verlegt auf dem Verwaltungswege fortgesetzt die im Reiche geltenden Gesetze. Ihre Willkür ist natürlich dort erst recht völlig unbeschränkt, wo nicht einmal Gesetze auszuliegen, zu umgehen und zu verletzen sind, weil keinerlei Gesetze bestehen. Der Ausländer ist in Deutschland ganz und gar rechtlos, und somit der Polizei auf Gnade und Ungnade überliefert. Widmet sie ihm ihre Ungnade, so ist es schlimm für das Opfer, erweist sie aber, wie im Falle Baronin, gar ihre lächelnde Gnade, so ist das tödlich für den Begriff und das Wesen eines Rechtsstaates.

Fräulein Baronin wurde verhaftet, weil sie mit einem Berliner Anarchisten verkehrte. Sie wurde freigelassen, nachdem ihr Vater, ein Großbankier, sein Ehrenwort versprochen hatte, daß seine Tochter die deutschen Grenzen verlassen würde. Der Befehl des Schutzmänn wurde durch „kolonialmäßige“ Ehrenwort aufgehoben. Daraus folgt, daß ein Polizeistaat und ein Rechtsstaat schlechterdings unvereinbare Begriffe sind. Wo die Polizei herrscht, geht der Rechtsstaat zugrunde und beginnt die Herrschaft — Rußlands!

Todesqualen.

Vom Main wird uns geschrieben: Unter verständigen Menschen sollte es keine Meinungsverschiedenheiten über das Thema: „Todesstrafe oder nicht?“ geben. Man stelle sich nur vor, wie erbebend und erschauend es sein muß, wenn vor den Augen der gelandeten Zeugen und Amtspersonen ein zum Tode Verurteilter dem Henker übergeben wird, wie dieser den Delinquenten anschnallt, dessen Hemd zurückstößt, dann das Beil nimmt und ein Ebenbild Gottes willkürlich dem anderen Ebenbild den Kopf abschlägt! Man stelle sich erst vor, wie die Wichtung auf die Zuschauer sein muß, wenn sich das blutige Werk zweimal innerhalb fünf Minuten abspielt, wie dieser Tage in Frankfurt a. M. Wir verstehen, wie infolge unserer heutigen gesellschaftlichen und sozialen Zustände aus Menschen Bestien werden können; wie vertierte Menschen, an denen sich die Gesellschaft furchtbar veründigt hat, einen Nebenmenschen ermorden können; wie sie es schließlich sogar nach reiflicher Überlegung tun können! All das glauben wir wenigstens begreifen zu können, so entsetzlich, unerklärlich und unmöglich es sein sollte! Was wir nicht verstehen, was wir noch entschlicher finden, als den feigen Mordmord, das ist die feine säuberlich parographierte „Todesstrafe“ einer Gesellschaft, die sich eine sittliche nennt, die sich einbildet, eine hohe Stufe der Kultur erklimmen zu haben! Sind wir denn wirklich schon aus der Barbarei heraus? Ist der große Schritt in die Zivilisation wirklich schon getan?

Eine Hoffnung giebt es noch für den entmenschten Bruder von Adam her, der Menschenblut vergossen hat und dessen Blut nun wieder vergossen werden soll. Er darf den König von Gottes Gnaden um Gnade anrufen; die meisten tun es wohl, die durch Henkershand fallen sollen. Auch die beiden Frankfurter Mörder Groß und Staffort haben es getan. Und zwar Anfang Juli dieses Jahres, nachdem am 2. Juli ihre Revisionsanträge vom Reichsgericht verworfen worden waren. Bekanntlich wird das Urteil sofort vollstreckt, wenn die Begnadigung abgelehnt wird. Nun stelle man sich vor, was es heißen muß, wenn zwei dem Henker überantwortete Menschen vom Juli bis November, also volle vier Monate, Tag für Tag hoffen, Tag für Tag aber auch befürchten: morgen wird dir mit dem Beil der Kopf abgeschlagen! Das sind entsetzliche Qualen, das ist eine Verschärfung der Todesstrafe, für die den meisten Menschen im 16. Jahrhundert das richtige Empfinden gefehlt haben mag — und heutzutage?

Wie war es nur möglich, daß die Antwort auf die Begnadigung solange ausblieb, daß zwei Menschen unter so entsetzlicher Ungewißheit vier Monate lang die scharfe Schneide des Henkerbeils am Hals fühlten, ohne daß zugeschlagen wurde! Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Wir würden es durchaus, wenn der König, vor dessen Entschliebung über ein Begnadigungsgeß die Vollstreckung der Todesurteile nicht zulässig ist, sich erst auf Grund genauester Information entscheiden will und wir haben volles Verständnis für ein begreifliches Zögern, das der Gewissenhaftigkeit entspringt. Daß aber längere Reisen des Staatsoberhauptes den Gang der Justiz verlangsamen, will uns weniger selbstverständlich erscheinen.“

Sollten eines Königs Reisen verschoben werden, weil zwei Verbrecher in furchtbarer Todesangst auf Gnade rechneten? Vermutlich hat der verantwortliche Minister aus Schonung für die Reisdiskussionen des Königs seinem Herrn das Begnadigungsgeß gar nicht erst vorgelegt, ohne daß sich der Verantwortliche wohl darüber klar wurde, wie es das Recht der Gnade in ein Recht der Tortur verwandeln heißt, wenn er dem König die Möglichkeit sofortiger Entscheidung vorenthält. —

Südwestafrikanisches.

Die Kolonial-Presse jubelt über die Amtsenthebung des Majora Leutwein. Sie begrüßt enthusiastisch den Sturz Leutweins, der sich bei den Kolonisten durch seine Begünstigung der Missionare und seine allzu milde Behandlung der Eingeborenen gründlich mißliebig gemacht habe. Von dem Nachfolger Leutweins, dem Generalkonfulv. Lindquist in Kapstadt, erwartet man einen neuen Kurs, bei dem weder auf die Missionare noch gar auf die Eingeborenen irgend welche Rücksicht zu erwarten ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Gouverneur Leutwein ist seit dem Ausbruch des Hereroaufstandes unausgesetzt der Gegenstand scharfster Kritik gewesen, er in erster Linie ist dafür verantwortlich gemacht worden. Der Hauptvorwurf war, daß er die Eingeborenen verächtlich, die weißen Anführer vernachlässigt und dadurch den Uebermut der Schwarzen großgezogen habe. Gewiß ist dieser Vorwurf berechtigt, das „System Leutwein“, die Aeger mit Zuckerbrot zu gewinnen, aber ihnen niemals die Peitsche zu zeigen, hat in Südwestafrika schamhaft Mißfolge gemacht. Es ist ein tragisches, aber gerechtes Geschick, daß der Gouverneur diesem seinem System nun selbst zum Opfer gefallen ist.“

Dieselbe Tonart schlägt die „Post“ an: „Man wird dem Regime Leutwein gerade jetzt, wo seine Politik durch den Abfall Witbois eine neue Niederlage erfahren hat, welche Deutschland weitere Opfer an Gut und Blut kostet, kaum eine Träne nachweinen, denn in ihm verkörperte sich der kurzfristige Optimismus, der in den Eingeborenen getreue Untertanen der deutschen Herrschaft erblickte und forderte, daß man ihnen eigentlich ausschließlich mit Liebe und Güte zu begegnen habe. Diese Auffassung seitens des Gouverneurs und die daraus sich ergebende Behandlung der Eingeborenen war eine dauernde Quelle von Klagen seitens der Kolonisten, die sich hinter den Schwarzen zurückgelehnt fühlten, und dadurch hat das Werk der Besiedelung mit weißen Kolonisten schwer gelitten.“

In dieselbe Kerbe hauen alle kolonialbegeisterten Blätter. Diese Epiloge sind die infamsten Entstellungen der unter Oberst Leutwein in Südwestafrika herrschenden Zustände. Gewiß: wir Sozialdemokraten haben Oberst Leutwein wiederholt gegen die frechen Anzapfungen seiner Begner, der Kolonialabenteurer, in Schutz genommen. Wir haben die humanen Absichten seiner Verwaltung anerkannt. Wohlgerne! seine Absichten! Die Absichten Leutweins scheinen in der Tat lobenswerte gewesen zu sein. Er machte den Versuch, sich der Eingeborenen gegenüber dem niedertüchtigen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem der Kolonialabenteurer anzunehmen. Aber — wir hoben das bereits nachdrücklich hervor — auch Oberst Leutwein vermochte mit seinen Intentionen nicht durchzudringen! Er weichterte an der Raubgier der kolonialen Parasiten, die seine Bestrebungen frech durchkreuzten. Unter dem Gouvernement des Mannes, dem jetzt von unserer Kolonialpresse eine „Verhättselung“ der Eingeborenen vorgeworfen wird, wurden die Eingeborenen ihres besten Landes beraubt, durch sog. „Händler“ in der unverschämtesten Weise ausgewüchert, durch weiße Unternehmer schlimmer als Vieh behandelt! Unter Leutweins Gouvernement konnte Prinz Arenberg seine schenklischen Verbrechen ausüben, unter Leutwein marterte der Unteroffizier Rossak seine Opfer zu Tode, unter seiner Verwaltung wurden die Gefängnisse zu Stätten der Vernichtung und des Grauens. Leutweins Absichten in allen Ehren: aber die tatsächliche Verwaltung Leutweins hinderte nicht im mindesten Abscheulich-

keiten und Barbareien, wie sie kaum im Kongostaat zu finden sein dürfte.“

Und dies Verhättselungssystem bezeichnet die Presse der Kolonial-Blätter als „Verhättselung“ der Eingeborenen! Was mag man da erst von dem Gouvernement Lindquist expecten!

Berlin, 13. November. General v. Trotha meldet unter dem 12. November aus Windhof: Besatzung der Station Osur, 1 Unteroffizier, 7 Mann, vor starken Moringatruppen nach Nienfontein O. zurückgegangen. Moringa soll verwundet in Nienfontein sein. Lengerle hat die Posten in Davignab und Umas nach Warmbad beordert und will am 14. November mit Detachment Fromm, 70 Mann, 2 Feldgeschützen, von dort nach Keetmanshoop abziehen. Kopyy hält mit 80 Mann, einem Geschütz 73 und einem Gebirgsgeschütz Warmbad besetzt. — Vierte Kompanie Regiments 2 rückt am 12. November, fünfte Batterie am 18. November von Windhof nach Kubab.

Berlin, 14. November. General v. Trotha meldet aus Windhof: Der Pionierzug der 3. Ersatzkompanie, Leutnant Esnert mit 50 Mann, hat am 2. November Verhättsen erreicht, so daß sich dort 70 Gewehre befinden. Die Nord-Verhättsen sind abgefallen und haben am 24. Oktober eine Patrouille von 5 Mann bei Kunjas angriffen. 4 Mann sind gefallen, nur einer gerettet. Die Verhättsen und Feldgeschütze der Pioniertruppe waren am 26. Oktober noch treu, Verhättsen, betreffend den Abfall eines Teiles, laufen jedoch nach einer Meldung aus Verhättsen vom 2. November um. Moringa hat am 26. Oktober die Farm Genabib südlich Keetmanshoop geplündert. Nach Eintreffen der Pferde von Kapstadt sind marschbereit bei Kubab etwa am 23. November ein Infanteriezug der 3. Ersatzkompanie, und ein Zug Eisenbahnbaukompanie, im ganzen 100 Gewehre, und am 28. November die 2. Gebirgsbatterie.

Berlin, 14. November. An Typhus sind gestorben: Ritter Friedrich Schröder, geboren am 20. August 1880, im Lazarett Ojimbunde am 9. November 1904; Ritter Max Schlag, geboren am 10. April 1881, im Lazarett Ojimbunde am 10. November 1904. — Ritter Heinrich Prameier, geboren am 1. November 1882, ist im Fieberdelirium plötzlich am 7. November 1904 gestorben. Lazarett nicht genannt.

Die italienischen Stichwahlen

Sind leider nicht zugunsten unserer italienischen Genossen ausgefallen. Trotzdem die Kandidaten unserer Partei an 30 Stichwahlen beteiligt waren, haben sie nur in vier den Sieg davon getragen, wie uns folgendes Privattelegramm meldet:

Rom, 14. November. Gewählt wurden Dugoni-Mantua, Cabrini, Roc und Ferri in Portomaggiore. Der unglückliche Wahlausfall erklärt sich durch die starke Wahlbeteiligung der Klerikalen, zahllose Priester und Mönche bearbeiteten vor und in den Wahllokalen die Wähler. Die Stichwahlen bedeuten den Sieg der klerikalen Wahlkräfte.

Ein „Herold“-Telegramm meldet ferner: Rom, 14. November. Von den gestern stattgehabten 77 Stichwahlen sind bis jetzt 66 Resultate bekannt. Es wurden gewählt 41 Ministerielle, 11 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 4 Radikale, 2 Sozialisten und 5 Republikaner. Der Sieg des Kabinetts ist noch größer als der vor acht Tagen.

Weitere Telegramme besagen: Rom, 14. November. (B. Z. B.) In dem Wahlbureau des zweiten hiesigen Wahlbezirks kam es gestern abend bei Verhättsen der Wahl Santinis zu einer Schlägerei zwischen den Sozialisten und den Anhängern Santinis. Militär mußte den Saal räumen.

Rom, 14. November. (B. Z. B.) Für die gestrigen Stichwahlen hatten die Sozialisten und die radikalen Republikaner ein Wahlkartell abgeschlossen und sich gegenseitig unterstützt. Die Morgenblätter begrüßen daher um so freudiger den Sieg der konstitutionellen Parteien. „Popolo Romano“ sagt, die Niederlage, die die extremen Parteien bei der Hauptwahl erlitten, sei gestern zur Katastrophe für sie geworden. Infolge des kräftigen Aufschwunges der konstitutionellen Parteien, der die Sache der Ordnung und Freiheit zum Siege verholfen habe, werden Regierung und Parlament mit den besten Aussichten an die neuen gesetzgeberischen Arbeiten gehen können. Auch der „Messaggero“ und andere Blätter betonen, daß der gestrige Tag noch mehr als der Hauptwahltag den Zusammenbruch der äußersten Linken gebracht habe.

Trotzdem die sozialistische Fraktion diesmal nur in einer Stärke von 30 Abgeordneten in das Parlament einzieht, darf sie den Siegesjubel der Regierungsorgane kühl belächeln. Der Verlust von drei Mandaten wird reichlich aufgehoben durch den Gewinn von 150 000 Stimmen, der eine Verdoppelung der bisherigen Stimmenzahl bedeutet. —

Dreihunderttausend Wähler haben diesmal ihre Stimmen für die sozialistischen Kandidaten abgegeben, trotz des Kesseltreibens der reaktionären Parteien, trotz der Peise, die diesmal von der Regierung gegen die Sozialisten wegen des Generalstreiks inszeniert wurde, trotz des Eintretens der klerikalen Kohorten für die Regierungskandidaten! Wer diese Stimmenzahl gegenüber den 3 Millionen der deutschen sozialdemokratischen Stimmen geringfügig finden sollte, muß sich vergegenwärtigen, daß in Italien alle Analphabeten, d. h. des Lesens und Schreibens Unkundigen, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Gemäß dieser Bestimmung, die die Masse des Proletariats vom Wahlrecht überhaupt ausschließt, sind in Italien nur 2 400 000 Personen wahlberechtigt gegenüber 12 000 000 wahlberechtigter Deutscher. Die Zahl der wahlberechtigten Italiener beträgt also nur ein Fünftel der deutschen Wahlberechtigten. Verächtlichigt man, daß unter der Wahlentziehung in erster Linie die Arbeiter in Stadt und Land, also die Sozialisten, leiden, so wird man die Zahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen, die wohl ein Fünftel der abgegebenen Stimmen überhaupt beträgt, als keineswegs gering ansehen dürfen!

Singulär kommt die beispiellose Korruption Italiens, die es ja ermöglichte, daß ein steddriesslich verfolgter Desraudant, wie der Exminister Rasi, mit erdrückender Majorität gewählt werden konnte!

Die schändlichen Wahlpraktiken, mittelst deren diesmal die „staatsverhaltenden“ Parteien bei den Stichwahlen siegten, schildert uns folgender Bericht unseres römischen Korrespondenten:

Für die Stichwahlen

macht die Regierung die denkbar größten Anstrengungen. Die Begierde, den Sozialisten eine Schlappe beizubringen, macht die Regierung blind, so daß sie schamlos Gesetz und Recht mit Füßen tritt, zur größeren Ehre der Ordnungsparteien.

Vor allem sucht man die revolutionären Kandidaten zu Fall zu bringen, nämlich Marangoni in Comacchio, Dugoni in Mantua, Petrini in Oleggio, Labriola in Bigevano und Todeschini in Verona II. Bei den Mitteln, über die die Regierung verfügt, und bereit, wie sie ist, die Gesetze und Rechte mit Füßen zu treten, zu deren Verteidigung sie die Wähler aufruft, kann es wohl sein, daß unsere Genossen in dem ungleichen Kampf unterliegen. Wie immer, wenn die Hüter der Ordnung sich nur durch Vergewaltigung aufrecht erhalten, wird

Dann der moralische Sieg uns verbleiben, die wir die unredlichen Mittel der Gegner, die Verwendung gefälschter Stimmzettel usw. natürlich verurteilen. Aber empfindlich wird uns die Niederlage treffen, besonders bei Todeschini und Petrini. Der erste hat 14 Monate Gefängnis abzubüßen wegen des bekannten Verleumdungsprozesses des Leutnants Trivulzio, den Todeschini der Lösung seiner (des Offiziers) Geliebten beschuldigt hatte, der zweite steht unter Anklage wegen aller möglichen Verbrechen gegen die Siderheit des Staates, die er bei dem Mord von Cestri Bonente, in welcher Stadt er Armenarzt war, begangen haben soll.

Auch gegen Ferris und Marangoni, die im Tiefstand von Ferrara in Stichwahl stehen, wird alles aufgeben. Man hat die ganze Gegend mit Militär und Polizei überschwemmt und bemüht sich, Unordnungen zu provozieren. Der Gegner Ferris ist ein moralisch in höchstem Grade wurmfäuliges Individuum. Aber es stehen große wirtschaftliche Interessen auf dem Spiele, da es sich um einen Wahlkreis handelt, in dem die großen Landarbeiter-Ausstände stattfanden und wo der Antagonismus zwischen Grundbesitz und Arbeiterschaft die denkbar größte Schärfe erreicht hat. In Portomaggiore, wo Ferris in Stichwahl ist, hat im vorigen Jahre ein Großgrundbesitzer 50 000 Doppelzentner Weizen auf den Feldern verkaufen lassen, nur um nicht die Arbeiterforderungen anzuerkennen. Dies gibt eine Vorstellung von der Schärfe und Erbitterung des Kampfes.

In Genua und San Pier d'Arina, wo Chiesa in Stichwahl steht, wird vor allem mit Bestechung gearbeitet. Auch hier sind die Großindustriellen die interessierte Partei und sie lassen große Summen drauf gehen. Es liegt ihnen viel daran, die zahlreiche Arbeiterschaft Liguriens des Hinterhalts zu berauben, den ihr ein sozialistischer Abgeordneter bieten kann. Ein einziger Großindustrieller, Graf Raggio, soll 300 000 Lire für den Wahlkampf gegeben haben. Chiesa's Gegner ist ein Journalist Guastavino, Leiter des „Caffaro“; er ist in der Genueser Bürgererschaft nicht angesehen, wird aber von ihr unterstützt als einer der brutalsten Vorkämpfer der Reaktion. Ohne den Grimm der Strämer und Händler, die seit dem Streik auf nichts sinnen, als auf Rache für die fünf Tage der Verhängung, wäre es undenkbar gewesen, daß Genua einen Guastavino zum Vertreter wählte. Heute schätzt man den Mann der eisernen Faust und der vergifteten Feder.

Wenn Bedrohung und Bestechung sich im Norden so breit machen, wie viel mehr erst im Süden! In Messina steht Genosse Rod mit dem Regierungskandidaten Arigo in Stichwahl. Der „Avanti“ veröffentlicht heute einen Brief, den Arigo an den Unterstaatssekretär des Innern Di Sant Dnosrio in sehr diskreten Wahlangelegenheiten geschrieben hat:

Messina, 7. November 1904.

Hochgeehrter Herr Marquis!

Die Ergebnisse bleiben hinter meiner Erwartung zurück. Die monarchische Vereinigung hat mich etwas in Stich gelassen wegen der Spaltung im Priorat (einem Stadtteil). Die Eisenbahner haben im letzten Moment für Pulejo (Republikaner) gestimmt. Die Familie Pulejo hat mich nicht so unterstützt, wie sie verpflichtet war. De Cosa hat nur für sich selbst gestimmt.

So haben wir Lücken gehabt. Auf alle Fälle kann man zufrieden sein. Jetzt gilt es nun, Sieger zu bleiben. Und dazu ist vor allen Dingen nötig, daß wir die auswärtigen Wähler kommen lassen, die uns sicher sind.

Hier ein genaues Verzeichnis... (folgen 13 Namen und Adressen.) Alle diese wollen aber keinen Heller für die Reise ausgeben. Mir ist es unmöglich, ihnen die Reise zu bezahlen, weil das zu leicht nachweisbar wäre. Sie, Herr Marquis, können, glaube ich, sich der Prefektur bedienen, um den Herren Gratisbillets vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten zukommen zu lassen. Das ist der beste und sicherste Weg.

Die Vereinerung der Eintragung in die Wahllisten lasse ich den Herren zugehen.

Erhalten Sie Ihre Freundschaft
Ihrem ergebenen
G. Arigo.

Folgt noch eine Nachschrift, in der der Unterstaatssekretär gebeten wird, zu verhindern, daß drei namhaft gemachte Wähler am nächsten Sonntag nach Messina kommen, da sie am 6. Nov gewählt haben.

Das sind die Wahlvorbereitungen der Gegner! Vorher wird gereist auf Staatskosten, erpreßt und bedroht, und am Wahltag selbst stützt man sich auf die Bajonette der Soldaten. Unsere deutschen Genossen mögen nicht vergessen, unter welchen Bedingungen wir arbeiten und mit welchen Gegnern wir es hier zu tun haben. Wir werden in vielen Kreisen unterliegen, aber erst, nachdem die Regierung Recht und Gesetz als unnötigen Ballast über Bord geworfen hat.

Deutsches Reich.

Die Annahme des Rhein-Weine-Kanals.

Die Kanal-Kommission des Abgeordnetenhauses hat heute in erster Lesung den Bau des Rhein-Weine-Kanals bewilligt: ein Resultat, das nach dem Stimmungsanschlag, den der Antrag des Abg. Am Jahnhoff auf Verstaatlichung des Schleppmonopols in der Kommission bewirkt hatte, vorauszu sehen war, und zwar wurde der bisher am schärfsten bekämpfte Teil des Kanals, die Endstrecke von Minden bis Hannover, mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen, während für die anderen Kanalstrecken teilweise noch eine größere Mehrheit stimmte.

Weiter genehmigte die Kommission die Kanalisierung der Weser von Hameln bis Bremen unter der Bedingung, daß der Bremische Staat sich verpflichtet, in der Weser bei Hemelingen ein Wehr mit Schiffsahrtkanal zu bauen und ein Drittel der Kosten zur Einrichtung von Talperrten im Zustußgebiet der oberen Weser zu übernehmen. Dagegen lehnte die Kommission die Anträge auf Kanalisierung der Mosel, der Saar und der Loth ab. Die Mehrheit für den Kanalbau ist demnach eine beträchtliche, so daß jetzt mit ziemlicher Sicherheit auf die Annahme der Vorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses gerechnet werden kann — unter der Bedingung natürlich, daß der Staat das Monopol des mechanischen Schleppbetriebes erhält.

Für dieses Monopol machen die „Berliner Politische Nachrichten“ in einer offiziellen Notiz erneut Stimmung, indem sie auf den staatlichen Schleppbetrieb im Nord-Dee- und im Elbe-Trade-Kanal hinweisen. „Gegenüber den Versuchen in der Presse“, schreiben sie, „die geplante Einführung eines Schleppmonopols auf dem Rhein-Weine-Kanal als ein gefährliches und verderbliches Experiment hinzustellen, ist darauf hinzuweisen, daß ein Schleppmonopol auf einer künstlichen Wasserstraße in Deutschland keineswegs etwas Neues und Unerprobtes ist. Abgesehen davon, daß die Einführung eines solchen Monopols auf dem Teltower Kanal durch den Kreis gleichen Namens beschlossene Sache ist, besteht ein Schleppmonopol sowohl für den Kaiser Wilhelm- als auch für den Elbe-Trade-Kanal. In dem ersteren Falle wird es von dem Reiche selbst wahrgenommen, an dem Elbe-Trade-Kanal hat der Staat Läden das ausschließliche Recht, mit mechanischer Triebkraft zu schleppen, der

dortigen Handelskammer übertragen. In beiden Fällen erhebt aus mehrjähriger Praxis, daß ein staatliches Schleppmonopol kein Vertriebsmonopol ist und weder die Benutzung der Wasserstraßen mittels Fahrzeugen mit eigener Triebkraft, noch das Treideln mit anderer als mechanischer Triebkraft verhindert.“

Eine schöne Besichtigung. Eine von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wiedergegebene Zuschrift, die, wie das Blatt sagt, von „hochstehender militärischer Seite“ stammt, die über die „Gegenforderungen“ der Regierung für die geforderte Fixierung der zweijährigen Dienstzeit „gut informiert“ ist, zählt eine hübsche Anzahl von neuen militärischen Forderungen auf. Das Heer bedürfte einer „umfassenden inneren Reform“. Im einzelnen werden gefordert: Verstärkung des Lehrpersonals und reichliche Gewährung von Ausbildungsmitteln, vermehrte Heranziehung der Reserven, Vermehrung und Aufbesserung des Unteroffizierstandes, vermehrte und verbesserte Schießstände und Exercierplätze und große Übungsplätze, Vermehrung der technischen Waffen, des Pferdebestandes usw.

Die „Gegenforderungen“ für die geforderte Festlegung der zweijährigen Dienstzeit zu sprechen, ist wahrhaft grandios. Die „Gegenforderungen“ für die verlorne Dienstzeit selbst wenn man diese Sprache des Militarismus einmal gelten lassen wollte, sind bereits im Jahre 1893 in Gestalt der gewaltigen Truppenvermehrung eingeleitet worden. Mit demselben Objekt nochmals Handel treiben zu wollen, würde auf einen Geschäftssinn deuten, der gar nichts von der berühmten soldatischen Grabschrift hat. Was freilich nicht bedeuten soll, daß die betrügerische Reichstagsmehrheit unter Zentrumsleitung sich auf solche Geschäfte nicht einlassen wird.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Serbien haben nun, nachdem mit den meisten anderen bisherigen Vertragsstaaten ein Einverständnis bereits erzielt ist, ebenfalls begonnen. Mit der Führung der Verhandlungen, die in Berlin stattfinden, ist serbischerseits der hiesige serbische Gesandte Militschewitsch beauftragt, dem der Direktor im Finanzministerium Kulitsch und die Sekretäre in diesem Ministerium Kinititsch und Atanatskowitz als Beiräte beigegeben sind. Deutscherseits nehmen an den Beratungen teil: der Geh. Legationsrat Lehmann vom Auswärtigen Amt als Vorsitzender, der Geh. Legationsrat v. Göbel und der Legationsrat Eder v. Stockmann von derselben Behörde, ferner vom Reichsamt des Innern Geh. Ober-Regierungsrat Wolfframm und Regierungsrat Bönnich und vom Reichsfinanzamt Geh. Ober-Regierungsrat Blau.

Das Zentrum ohne Soutane. Wenn man das „demokratische“ Zentrum fragt, so kommt auch in Deutschland der ergreiferische Merkantilismus zum Vorschein. Im Reichstage hat der Zentrumsführer Spahn ein weitgehendes Fremdenrecht gefordert, das auch Anarchisten vor Willkür zu schützen habe, ein Zentrumorgan aber, die „Märkische Volkszeitung“, schreibt über den Fall Verlon:

„Neber den „Ruffenkurs“ regt sich der „Vorwärts“ seit einigen Tagen wieder auf. Eine russische Studentin, die er zuerst Fräulein Verlon nannte, jetzt aber beträchtlich deutlicher Fräulein Verlon nennt, wird im Berliner Polizeigefängnis festgehalten. Die Dame, die angeblich auf der Durchreise nach der Schweiz war, hielt sich hier seit Wochen gemeinsam mit einem russischen Studenten bei dem russischen Anarchisten Karfunkelstein auf, ohne daß die Herrschaften es für nötig oder klug fanden, von ihrer Anwesenheit der Polizei die vorchriftsmäßige Mitteilung zu machen. Der Polizei kam die Verlon verdächtig vor und sie wurde festgenommen. Der wackere Anarchist Karfunkelstein hatte die edle Bescheidenheit, auch die Redaktion der bürgerlichen Blätter um die Verteidigung seiner Schutzbefohlenen zu ersuchen, mußte sich indes mit dem Bestande des „Vorwärts“ begnügen. Dieser macht nun täglich großes Geschrei, weil die Polizei dem Jrl. Verlon (nicht mehr Verlon) angeblich die Zugehörigkeit eines Rechtsanwalts verweigert mit der Begründung, daß sie gar keinen strafbaren Handlung verdächtig sei. Er behauptet, die Polizei scheue die Gerichte und wolle im Geheimen und nach eigener Willkür dem russischen Absolutismus ihre Dienste leisten. Wir finden keinen Anlaß, uns der russischen Anarchisten, denn eine solche ist sie ohne Zweifel, und ihres Beschüfers Karfunkelstein wegen zu erwärmen. Wir können es vielmehr nur als neue Freiheit bezeichnen, daß solche Leute sich überhaupt über unsere Polizei zu beschweren wagen. Ansehend wird Jrl. Verlon solange festgehalten, bis die russische Polizei über sie Auskunft gegeben hat.“

Das ist ganz der Stil der österreichischen Dreyer-Presse und der schmutzigsten Jesuitenorgane Frankreichs. Die unvorsichtige Selbstentblöndung ist dankenswert. Es ist festzustellen, daß es ein deutsches Zentrumblatt für eine Freiheit erklärt, ihm zumuteten, einen politischen Gegner vor Vergewaltigung zu schützen. Ja, es findet es sogar frech, daß sich eine unbescholtene Ausländerin, welche von der Polizei für eine Anarchistin gehalten wird, auch nur herausnimmt, sich über die brave Polizei zu beschweren.

Ausland.

Frankreich.

Eine Erklärung der revolutionär-sozialistischen Kammerfraktion.

Paris, 12. November. (Fig. Ver.) Die revolutionär-sozialistische Kammerfraktion hat bekanntlich in den beiden Armeedebatten für das Ministerium gestimmt und so, angelehnt der geringen Regierungsmehrheit in den entscheidenden Abstimmungen, beidermal das Zinglein an der Waage gebildet. Leider war die Fraktion verbündet, ihre Abstimmung auf der Kammertribüne zu begründen. Im Hinblick auf die zweite Armeedebatte hatte sie eine Erklärung beschossen, die vom Genossen Delors verlesen werden sollte. Diese Erklärung, die in der Kammer wegen des Sympeton-Zumults nicht verlesen werden konnte, wird soeben im „Socialiste“ veröffentlicht.

Sie lautet:
„Meine Herren! Je ernster die Situation ist, desto notwendiger ist es, daß sich jedermann klar ausdrückt. Deshalb will ich Ihnen namens meiner Freunde von der revolutionär-sozialistischen Fraktion und in meinem eigenen Namen erklären, daß nach unserer Ansicht in der gegenwärtigen Kampagne vor allem zu erblicken ist der Wunsch der nationalsozialistischen und reaktionären Partei, der Kriegspartei, sich zur Regierungsmacht aufzuschwingen.“

„Gemäß unserer Deklaration vom Juni 1902 haben wir uns nicht um die Appetite der Parteien zu kümmern, da wir unser Verhalten lediglich nach den wahren Interessen des Proletariats zu richten haben.“

„Indem wir nun erachten, daß der Krieg die schrecklichste Geißel wäre, die die Welt der Arbeit treffen könnte:

„daß ferner die Kriegsmöglichkeiten gesteigert wären, wenn diejenige Partei ans Ruder käme, der die Urheber der oben bezeichneten Kampagne angehören,

„infolgedessen werden die Mitglieder der revolutionär-sozialistischen Fraktion, zu allem entschlossen, um eine derartige Eventualität zu vermeiden, für die Tagesordnung Viendem Mortin (für die Vertrauensformel. Der Berichterstatter) stimmen.“

Es sei erinnert, daß Genosse Baillant auf dem aller Parteitag auch ein früheres Vertrauensvotum der Fraktion (in der Rillerandischen Ministerkrisis-Interpellation) nämlich durch die Rücksicht auf den Frieden, auf die Richtemischung Frankreichs in den ostasiatischen Krieg gerechtfertigt hat. Unter dem Kabinett Combes ist eine Einmischung Frankreichs in diesen Krieg jedenfalls ausgeschlossen.

Italien.

Der Tod einer Witwe Crispis.

Rom, den 10. November. (Fig. Ver.) Crispi hat bekanntlich zwei Witwen hinterlassen, Rosalie Montmasson und Donna Lina Barbagallo. Die erste dieser Witwen ist im Alter von 81 Jahren heute früh in Rom gestorben, nachdem sie bereits vor sechs Monaten einmal tot gefügt worden war.

Crispi schloß 1848 eine rechtsgültige Ehe mit einer Sizilianerin Felicitä Valle. Er verließ dann diese Frau, deren weitere Schicksale nicht bekannt sind. Im Jahre 1863 vermählte er sich in

Malta mit einer Savohardin Rosalie Montmasson, die mit ihm die Freiheitskämpfe ertrug und ihm in das Exil der Verbannung folgte. Sie war eine tapfere und tüchtige Frau, die vier Orden für ihren persönlichen Mut auf dem Schlachtfeld erhalten hatte. Im Jahre 1878 verließ sie Crispi in Donna Lina Barbagallo und ließ die Ehe mit der Montmasson für ungültig erklären, weil sie geschloffen wurde, als noch die rechtsgültige Ehe mit der Sizilianerin bestand. So machte er durch die erste Bigamie die zweite möglich.

Die Montmasson blieb mittellos und in Not zurück, aber ihre Liebe für Crispi hat all das überdauert. In den letzten Jahren war die Regierung so anständig, der alten Frau ein Jahresgehalt auszusahlen.

Amerika.

Von Panama wurde berichtet, daß die Erwählung Roosevelts dort keinen besonders guten Eindruck gemacht habe. Die Regierung Panamas bemüht sich aber, in Washington zu versichern, daß solche Gerüchte den Tatsachen nicht entsprechen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Mission des Kriegsministers Taft glücklich alle Differenzen ausgleichen werde. — Taft, der früher schon auf den Philippinen gute Dienste geleistet hatte, wurde vor einigen Wochen von Roosevelts nach Panama geschickt, um dort nach dem Rechten zu sehen und die Beschwerden der Bürger der jungen Republik zu untersuchen. Die Amerikaner haben nämlich um die Kanalzone, einen etwa zehn Meilen breiten Streifen durch die Landenge, eine Zolllinie gelegt und erheben die hohen amerikanischen Zölle für alles, was die Linie passiert. Außerdem haben sie eigene Postämter errichtet. Damit geraten nun die beiden Zollhäfen Panamas und Colon in Abhängigkeit von den Amerikanern und die Panamitaner fühlen sich um ihre Einnahmen betrogen; sie rechneten auf großartige Geschäfte, auf den Handel und Wandel, den der Kanalbau ihnen bringen sollte. Statt dessen kommen sie in Abhängigkeit und in eine bedrängte Lage, die allgemeine Aufregung verursacht hat. Es wird behauptet, daß es bei dem Abschluß des Vertrages vom 3. November 1903 nicht rechtlich zugegangen sei.

Bekanntlich wurde Roosevelts der Vorwurf gemacht, daß er die Revolution Panamas gegen Colombia wenn nicht angezettelt, so doch stark begünstigt habe. Ebenso wird ihm vorgehalten, daß er verfassungsgemäß gehandelt habe, indem er sich in der Panamafrage nicht unbedingt an die Beschlüsse des Kongresses hielt. Der Kongress hatte am 28. Juni 1902 ein Gesetz erlassen, nach welchem der Präsident verpflichtet war mit Nicaragua und Costa Rica Verhandlungen wegen eines Kanals anzuknüpfen, wenn Colombia Schwierigkeiten machen sollte.

Durch Roosevelts Wahl gilt seine Politik als vom Volke gebilligt.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Bei Mufden

hat sich die Lage bisher noch nicht verändert. Eine Depesche aus Kurokis Hauptquartier meldet, daß die Russen immer noch nördlich von Schaho in ihren Verschanzungen stehen. Ihr Artilleriefeuer habe in den letzten Tagen nachgelassen. Es sei von Anfang an überraschend erfolglos gewesen, obgleich fast jeden Tag 1000 Granaten verschossen wurden. Kein Japaner sei getötet, nur wenige seien verwundet worden. — Die Zahl der russischen Bewundeten, die im Rücken der Armee auf der Strecke von Mufden bis zum Baikalsee verteilt sind, wird in einem Telegramm aus Jekutsk auf nicht weniger als 86 000 Mann beziffert. Die meisten sollen den sibirischen Regimentern angehören.

Russischer Schwindel.

Paris, 14. November. „Petit Journal“ meldet aus Petersburg: Ein Offizier aus dem Gefolge des Statthalters Alexejew erzählte, daß fünf als Chinesen verkleidete Japaner Anfang Oktober von Tschifu aus mit einer Dschunke nach Port Arthur gefahren seien, um die Generale Stössel, Kondratenko und Rod zu ermorden. Um die Russen glauben zu machen, daß es Chinesen seien, die den Belagerten in Port Arthur Nahrungsmittel bringen wollten, sei die Dschunke zum Schein von einem japanischen Torpedoboot bis zum Eingang des Hafens von Port Arthur verfolgt worden. General Stössel sei jedoch rechtzeitig verständigt worden und habe die Japaner hinarbeiten lassen.

Die Japaner haben bisher den Krieg mit so durchaus noblen Mitteln geführt, daß diese französische Meldung den Stempel russischen Schwindels deutlich an der Stirn trägt!

Kopenhagen, 12. November. Der unbekanntes Dampfer, der während der Fahrt der baltischen Flotte durch die Nordsee von den Russen beschossen wurde und mit der ganzen Besatzung sank, war der schwedische Dampfer „Ares“. Derselbe befand sich damals in den nordischen Gewässern und ist seitdem verschwunden. („Jrl. Jtg.“)

Aus Industrie und Handel.

Das Staats-Schleppmonopol. In der am 11. d. M. abgehaltenen Sitzung des Großen Ausschusses des Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanal-Schiffahrt stand das Schleppmonopol des Staats auf dem Rhein-Weine-Kanal zur Beratung. Der Referent, Herr Viktor Kurl, sprach sich entschieden zugunsten des staatlichen Schleppmonopols aus. Er führte nach dem „Verl. Zgl.“ aus, daß in erster Linie beim Schleppbetrieb auf einen möglichst raschen Verkehr, als so auf eine möglichst schnelle Umkehrung des Kapitals hingearbeitet werden müsse, es liege also nahe, die Nachteile ins Auge zu fassen, die unser heutiger Schleppbetrieb auf den frequenten kanalisiertesten Strecken und Kanälen mit sich bringe. Füllung und Leerung der Binnenhäfen vor den Schleusen findet zu Beginn und zum Schluß der Schiffsahrt ziemlich gleichzeitig überall statt. Nun bringt das Vorschleusenrecht, das durch Zahlung von 150 Prozent statt 100 Proz. der Schleusengebühr von den interessierten Schiffsgesellschaften erworben wird, schon diese Nachteile für die Führer und Besitzer der übrigen Schiffe mit sich, die sich im verzögerten Betrieb und noch längerer, das heißt für sie schadenbringender Liegezeit äußern. Ferner bringen die zu tief geladenen Schiffe, die mit einer absolut größeren Bracht einen höheren Vorschub für den Schiffer bedeuten, die sogenannten Consignationsladungen, weitere Nachteile für den allgemeinen Verkehr mit sich, wie insbesondere im letzten Sommer auf der Oder eingetreten sind. Der strompolizeiliche Zwang zur Ablichterung könne nur dann Abhilfe bringen, wenn ein Schleppzwang für alle Schiffsgesellschaften ohne eigenen Motor eingeführt würde, und zwar müßten in den zweischiffigen Kanälen die Fahrgesetze in einer Reihe bei Verzögerung wie bei Talfahrt liegen und nach dieser Ordnung gescheitelt werden, bei Festsetzung einer Mindestgeschwindigkeit. Technisch sei die Monopolisierung ein Vorteil. Für die neu zu erbauenden Kanäle, wo noch keine Schädigung irgend welcher Schiffsbetriebe vorliege, sei deshalb das staatliche Schleppmonopol empfehlenswert.

In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner gegen, andere für das staatliche Schleppmonopol aus. Schließlich wurde die Frage einstimmig an eine Kommission verwiesen. Die Verhandlung zeigt, daß aus technischen Gründen der staatliche Schleppbetrieb selbst in streifen Sprache findet, von denen man es am wenigsten erwarten sollte.

Das Ende des Schiffsahrtkampfes. Der Friede zwischen den verschiedenen miteinander kämpfenden Schiffsgesellschaften ist geschlossen. Die Beteiligten versenden darüber folgende Mitteilung: „Die Verhandlungen zwischen den kontinentalen Dampfergesellschaften und der Cunard-Linie sind vorbehaltlich der Genehmigung der ungarischen Regierung zu einem Abschluß gelangt dahin, daß die Cunard-Linie mit ihrem kontinentalen Verkehr dem Nordatlantischen Dampferlinienverband beitrete und im übrigen die früheren Verträge erneuert werden. Sämtliche Kampfmaßnahmen werden aufgehoben, und es treten mit dem heutigen Tage die normalen Passageraten wieder in Kraft.“

Die Cunard-Linie hat demnach gesiegt. Die deutschen Schiffs- gesellschaften erkennen den von der Cunard-Linie eingerichteten Aus- wandererdienst von Hume nach den Vereinigten Staaten von Amerika als völlig berechtigt an, und die Cunard-Linie übernimmt lediglich die Verpflichtung, dem Nordatlantischen Dampferverband beizutreten und sich nach dessen Preisfestsetzungen zu richten.

Die Lebensmittelpreise sind im Oktober wieder etwas ge- stiegen. Sie betragen in Preußen nach der „Stat. Anz.“ für 1000 Kilogramm: Weizen 169 (im September d. J. 168, im Oktober 1903 154) M., Roggen 138 (135 bezw. 129) M., Gerste 146 (145 bezw. 136) M., Hafer 140 (139 bezw. 128) M., gelbe Erbsen zum Kochen 240 (238 bezw. 233) M., weiße Speisebohnen 318 (309 bezw. 276) M., Linsen 302 (286 bezw. 342) M., Eih- fartoffeln 63,8 (63,6 bezw. 48,5) M.; im Kleinhandel für 1 Kilogramm: Rindfleisch von der Skale 1,43 (1,43 bezw. 1,45) M., vom Bauch 1,21 (1,22 bezw. 1,24) M., Schweinefleisch 1,35 (1,34 bezw. 1,38) M., Kalbfleisch 1,45 (1,44 bezw. 1,48) M., Hammel- fleisch 1,40 (1,42) M., inländisches geräucherter Speck 1,50 (1,50 bezw. 1,64) M., Eihutter 2,51 (2,44 bezw. 2,37) M., inländisches Schweineschmalz 1,57 (1,56 bezw. 1,63) M., für 1 Schod Eier 4,31 (3,89 bezw. 4,28) M.

Die Preise der vier Getreide-Arten haben sich nur unwesentlich verändert gegen den Vormonat. Die Eihartoffelpreise sind etwas zurückgegangen. Die Fleischpreise zeigen beim Rind- und Hammel- fleisch eine geringe Ermäßigung, während die Schweine- und Kalb- fleischpreise im Durchschnitt aller Raritäten um je 1 Pf. gestiegen sind.

Soziales.

Liberaler Arbeiterfreundlichkeit.

Eine schändliche Ausbeutung hat bisher in der Gasanstalt der Stadt Berlin gelegen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beraten über Einführung einer dritten Arbeiterkolonne. Nach dem Bericht des Stadtverordnetenvorsethers Justizrat Kolberg ist es in der Gasanstalt bisher Brauch gewesen, daß die Arbeiter an der Feuerung in zwei Kolonnen tagweises abwechselnd einmal am Tage, einmal in der Nacht je 12 Stunden gearbeitet haben. Bei dieser Einrichtung, und weil auch des Sonntags gearbeitet wurde, sei es, da die Arbeiter nur alle 14 Tage einen freien Sonntag erhalten hätten, bei dem Wechsel von Tag- und Nachtschicht zu den Sonntagen nicht zu demselben gewesen, daß von einer Kolonne am Sonntag volle 24 Stunden hintereinander gearbeitet werden mußte. Die Arbeiter hätten sich geweigert, die Arbeit in dieser Weise noch weiter zu leisten. Mit Rücksicht darauf schlug die Gasdeputation vor, drei Kolonnen einzuführen, eine Tags-, eine Nachtschicht an der Feuerung und eine Außenschicht, die wöchentlich wechseln sollen. Nur dadurch würde es möglich sein, die 24 stündige Arbeitszeit zu befristigen. Die dadurch entstehenden Kosten würden ungefähr 4000 M. betragen. Der Antrag wäre also überhaupt nicht gestellt worden, wenn nicht die Arbeiter mit Streik drohten. Und er wurde schließlich feinstens glatt angenommen, vielmehr entspann sich eine Debatte und schließlich wurde die Reform nur mit Mehrheit, nicht einstimmig beschlossen. Sozialdemokraten gehören der Stadtverwaltung nicht an, die Stadtverordneten sind meist Liberale von der Ritterschen bis zur Wasser- mannischen Couleur. Der Bürgermeister von Fürstentum, ein gewisser Herr Zedler, weiteren Kreisen bekannt geworden durch die ungeschickliche Wahlagitatorik, die er 1902 den Nationalliberalen gegen unseren Genossen Braun leistete, ist ein Wahlmacher des Renommier-Sozialreformers der Nationalliberalen, Rechtsanwalts Wassermann aus Mannheim. Wenn dergleichen Ausbeutung am gelassenen Holze der „Sozialreformer“ gedeiht, was soll man erwarten vom dürren Stamm der Scharfmacher Duod und Genossen.

Vorgezeitige Auflösung des Lehrvertrages.

Der Druckereibesitzer Wertheim hatte den Lehrling A., dessen Vertrag bis zum Dezember 1905 lautete, aus der Lehre entlassen. Auf die hiergegen beim Gewerbeamt angelegte Klage des Vaters erwiderte der Beklagte Wertheim, der junge Mann habe durch fortgesetzten Ungehorsam Grund zur Entlassung gegeben. Der Maschinenmeister B., welcher 10 Jahre beim Beklagten war, und aus eigenem Antrieb sich mit der Stellung verändert hat, meinte als Zeuge, der Junge habe, bis er im Betriebe einen Unfall erlitt, sehr gut gearbeitet. Es sei richtig, daß der Unfall passierte, weil A. ein Verbot übertrat und eine bestimmte Tätigkeit, entgegen jenem Verbot, während des Ganges der Maschine vornahm. Er habe sich dazu aber nur durch die im Betrieb übliche Triegererei verleiten lassen. Es solle dort immer sehr schnell gearbeitet werden. — Daß im Betriebe „schneller gearbeitet wird als wo anders“, weil man Theater- programmist usw. drude, sagte auch ein noch beim Beklagten beschäftigter Maschinenmeister, der im übrigen aber dem entlassenen Lehrling auffälliges Benehmen gegen den Chef vorwarf. — Der erste Zeuge lieferte dagegen zur Frage des Ungehorsams folgende Illu- stration. Der Junge habe nach dem Unfall öfter zum Rastieren ins Krankenhaus gehen müssen. Wertheim habe dann immer gesagt: „Das geht nicht, Du mußt hier bleiben, es ist zuviel zu tun.“ Natürlich hätte der Junge darauf nicht geantwortet, sondern erklärt, er müsse gehen, es stünde viel auf dem Spiel. Das habe Wertheim als Frechheit ausgelegt. Auch zu einer, von der Berufsgenossenschaft angeordneten Untersuchung habe Wertheim den Jungen nicht gehen lassen wollen. Auf Befragen wird festgestellt, daß es stets nach Feierabend war, wenn er ins Krankenhaus mußte, so daß er doppelten Grund gehabt hat, sich nicht durch den Chef zurückhalten zu lassen. Der eine Zeuge behauptete noch, daß namentlich die Jungen bei der Nachfeierarbeiten, die üblich war, „herangerommen“ wurden. — Der Vater B. erklärte sich schließlich vor der Kammer B mit der Lösung des Lehrvertrages einverstanden, nachdem sich der Beklagte zu einer Kostgeldentschädigung von 20 M. bereit fand.

Gerichts-Zeitung.

Ein konservativer Richter. Ein ausführlich begründeter Ab- lehnungsantrag gegen den Landgerichtsrat Busch wurde gestern von dem Richter der „Berliner Zeitung“, Richard Löwe, geltend gemacht, der sich wegen Beleidigung von Gendarmen der 3. Gendarmeriebrigade vor der dritten Straf- kammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Den Vor- schlag führte Landgerichtsrat Busch. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er diesen als befangen ablehnen müsse. Landgerichtsrat Busch habe in einem kürzlich gegen ihn verhandelten Rechtsprozeß ein Verhalten zur Schau getragen, daß er als persön- lich beleidigend habe empfinden müssen und ihm die Ueberzeugung beigebracht habe, daß Landgerichtsrat Busch befangen sei. Bei seinen Ausführungen zur Sache habe Landgerichtsrat Busch durch Gestikulationen und Miensenspiel seine Mißgunst ausgedrückt und habe ihm schließlich demonstrativ seine Mißgunst ausgedrückt. Das alles habe er als Beleidigung empfinden müssen. Landgerichts- rat Busch sei ferner ein ausgesprochen politischer Gegner der „Berliner Zeitung“. Er sei ein konservativer Abgeordneter und Antisemit, er selbst aber Demokrat und Jude. Landgerichtsrat Busch habe auch mehrfach in sensationeller Weise bei Prozessen gegen Redakteure oppositioneller Blätter mitgewirkt und seine Be- leidigung des Schulrats Allmann habe er die Versuche, diesen zur Zurücknahme des Strafantrages zu bewegen, mit demonstrativem Kopfschütteln begleitet. Das auf drei Monate Gefängnis lautende Urteil sei vom Reichsgericht bestätigt worden. In dem Prozeß gegen den Redakteur Max Ludwig, wo auch schon ein Ablehnungsantrag gegen Herrn Landgerichtsrat Busch gestellt worden war, sei der An- geklagte — weit über den Strafantrag hinaus — zu 1000 M. Geld- strafe und noch sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, und zwar, wie er gehört habe, auf Grund der Mitwirkung des Land- gerichtsrats Busch im Beratungszimmer. Dies alles müsse bei den Redakteuren oppositioneller Blätter die Ueberzeugung wecken, daß

Landgerichtsrat Busch nicht imstande sei, gegenüber den Redakteuren oppositioneller Blätter die Unbefangenheit zu bewahren.

Landgerichtsrat Busch erklärte sich selbstverständlich durchaus nicht für befangen. Richtig sei, daß er konservativ, un- richtig, daß er Antisemit sei. Was sein Kopfschütteln bei dem Prozeß wegen Beleidigung des Schulrats Allmann betrifft, so sei dies durch hervorgerufen gewesen, daß Schulrat Allmann seiner- seits einen Strafantrag gar nicht gestellt hatte, also einen Straf- antrag auch nicht zurücknehmen konnte. Wenn er als befangen ab- gelehnt worden sollte, weil er einmal einen Redakteur verurteilt habe, so könnte ihn mit demselben Recht jeder Spiß- bube ablehnen, weil er im Leben schon viele Spißbuben verurteilt hat. (1) Der Angeklagte be- antragte, diese Äußerung des Landgerichtsrats Busch zu pro- tokollieren. Nachdem dieser erklärt hatte, daß der Angeklagte seinem Verhalten eine ganz und gar unrichtige Deutung gebe, zog der Angeklagte seinen Ablehnungsantrag zurück.

In der Sache selbst handelt es sich um eine in der „Berliner Zeitung“ abgedruckte Klage von Radfahrern und Automobilisten. Es wurde behauptet, daß diesen in Wannsee „Radfahrerfall“ durch die Amtsdienere und Gendarmen gestellt werden, wodurch der Gemeindefiskus eine erhebliche Einnahme verlohren werde. Der Gerichtshof erkannte auf 20 M. Geldstrafe.

Auch wir können von dem Richter des erwähnten Richters ein Stücklein berichten. In dem letztmännlichen der bekannten Hunnen- prozesse handelte es sich um zwei Artikel, die der „Vorwärts“ im guten Glauben aus süddeutschen Blättern abgedruckt hatte. Diese süddeutschen Blätter anzulagen, hatte die Staatsanwaltschaft sich weislich gehütet; dem „Vorwärts“ hingegen fiel die Aufgabe zu, sich unter den vorliegenden schwierigen Umständen der Anklage gegenüber zu wappnen. Es führte zu weit, wollten wir das merkwürdige Verfahren des Gerichts in diesem Falle hier eingehend be- leuchten. Bemerkenswert sei nur folgendes: Der Angeklagte konnte zur Charakteristik der Tendenz der Anklage hervorheben, daß gegen die Blätter, die die für beleidigend gehaltenen Mitteilungen im Original gebracht hatten, kein Staatsanwalt auch nur einen Finger gerührt hatte. Er konnte ferner für sich geltend machen, daß der von ihm angebotene Wahrheitsbeweis vom Gericht für hinfällig erachtet wurde, weil die Tat- sächlichkeit der unter Anklage gestellten Mitteilungen im wesentlichen nicht bestritten wurde. Trotzdem wurde der Angeklagte unter anderem unter der merkwürdigen Begründung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, daß er — man vernehme — mit dem Abdruck der Artikel aus anderen Blättern schamlos gehandelt habe. Einen sozialdemokratischen Redakteur kann eine unter solchen Umständen gefallene Äußerung nicht sonderlich rühren. Zur Kennzeichnung preussischer Richter verdient sie aber doch der Nachwelt aufbewahrt zu werden.

Der Pelzwarenfabrikant Herr Louis Bauhoffen, Neue Königsstr. 85, ersucht und mitzuteilen, daß er nicht die Person ist, die mit der Firma Wendel in Verbindung gestanden hat. In dem Bericht über den Zusammenbruch der Firma war ein Herr Bauhoffen genannt worden.

In Gelsenkirchen sind gestern die Verhandlungen wieder auf- genommen worden, durch welche nachgewiesen werden soll, daß die im Jahre 1901 im Gebiete des Ruhrgebietes des Gelsenkirchener Wasserwerkes ausgebrochene Typhusepidemie auf die Entnahme un- filtrierten Wassers aus der Ruhr zurückzuführen ist. Unter der Voraussetzung dieses Nachweises sind der Wasserwerksdirektor Segler-Gelsenkirchen, der frühere Direktor des Gelsenkirchener Werkes, Pfuhl-Charlottenburg, Ingenieur Schmitt-Biesobaden, früher ebenfalls Direktor in Gelsenkirchen, und Wassermeister Rejendahl-Königslee der Haftungsmitteilung und Körper- verletzung mit tödlichem Erfolg durch Verabreichung verdorbenen Trinkwassers unter Anklage gestellt. Bei der damaligen Epidemie sind über 3000 Erkrankungs- und circa 200 Todesfälle festgestellt.

Verfammlungen.

22. Kommunal-Wahlbezirk. Mit der am 23. November statt- findenden Stadtverordneten-Erwahl, die durch die Mandats- niederlegung des Genossen Dr. Friedberg notwendig geworden ist, beschäftigte sich gestern Abend eine in Haberechtsaal, Große Frank- furterstraße, abgehaltene gut besuchte Kommunalwähler-Verfammlun- g. Reichstags-Abgeordneter Friß Jubeil sprach dabei selbst in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Tätig- keit der sozialdemokratischen Fraktion im „Raten Hause“, unter gleichzeitiger gebührender Würdigung des Verhaltens der „frei- sinnigen“ Stadtverordneten. Eine besonders scharfe Kritik erfuhr die hiesige Dienstverpflichtung des Kommunalfreiwilts, die jetzt wieder soweit gediehen ist, dem konprinzlichen Paar eine „Vorgangabe“ aus päpstlichen Mitteln zu überreichen, wozu natürlich auch die Steuerertröge der „Elenden“ Verwendung finden sollen. Im schroffen Gegensatz zu dieser echt freisinnigen Freigebigkeit aus dem Stadtsäckel steht die sozialpolitische Rückständigkeit der Stadt- verordneten-Mehrheit, wie sie sich unter anderem in der Fälligkeit bei Bewilligungen eines Erlaubes an die städtischen Arbeiter ge- zeigt hat.

Große Bewegung unter den Anwesenden rief es hervor, als der Referent bei der Kritik unseres städtischen Gemeindefiskusens an die ausgeworfene Summe zur Lieferung von Lehrmitteln an die Kindern unbemittelter Eltern erinnerte und dabei mehrere Fälle erwähnte, wo Gesuche um unentgeltliche Ueberlassung von Schulbüchern von den betreffenden Direktoren schroff abgelehnt wurden. So heißt es in einem Bescheide an eine Familie: „Nicht bewilligt.“ Hierzu bemerkt dann der Referent: „Wie Sie aus der obigen Bemerkung ersehen, ist Ihr Gesuch um eine Fabel von der Schulkommission abgelehnt. Soll Ihr Sohn aber nicht zurückbleiben, so müssen Sie möglichst bald für eine Fabel selbst sorgen.“ In anderen schriftlichen Bescheiden heißt es ohne Begründung einfach kurz und bündig: „Nicht bewilligt; ist hier nicht so notwendig.“ Und trotzdem erklären die freisinnigen Ortsgrößen stets mit Emphe, das zur Verfügung gestellte Geld zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln würde nie aufgebraucht, weil sich so wenig Leute fänden, die auf diese Ueberlieferung reaktieren! Zum Schluß ersuchte der Redner, in eine intensive Agitation zugunsten unseres Kandidaten Robert Wengels einzutreten und durch dessen Wahl zu beweisen, daß der Kommunalfreiwilts auch in diesem Bezirk nichts mehr für sich zu hoffen habe. — In einer kurzen Ansprache ersuchte auch der Kandidat Rob. Wengels die Anwesenden, eingedenk der früheren Kämpfe um dieses Mandat, ihre Schuldigkeit zu tun, um auch hier einen neuen Sieg an die Partei- sache zu heften. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Für die Kommunalwähler des 30. Bezirks veranstalteten unsere Parteigenossen gestern Abend eine öffentliche Verfammlun- g im Ledersaal in der Sappelenstraße. Die Verfammlun- g war sehr gut besucht. Der Referent, Genosse Singer, kennzeichnete zu- nächst die beiden bürgerlichen Parteien, welche mit Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl im 30. Bezirk auf den Plan treten. Die antisemitische Partei, die Herr von Prechel als Kandidaten präsentiert, ist allezeit eine Stütze reaktionärer Bestrebungen gewesen und hat sich stets auf die Seite der Regierung gestellt, wenn diese in die städtische Selbstverwaltung eingriff. Die Freisinnigen, die Herrn Nettig als Kandidaten aufstellen, mögen sich, um die Wähler irre zu führen, vielleicht darauf berufen, daß sie ja in dem gegenwärtigen Schulstoff sowie in der Frage der städtischen Fleischuntersuchung derselben Anschauung sei, wie die Sozialdemokraten. Durch solchen Strengensfang möge sich niemand täuschen lassen, denn das Zu- sammengehen in einer einzelnen Frage schaffe nicht den großen Gegensatz aus der Welt, der zwischen uns und den Freisinnigen be- steht. Der Redner besprach diese Gegenüber an einigen Beispielen und ging dann zu einer großartigen Kennzeichnung der städtischen Verwaltung über, wie sie sich unter der Herrschaft des Freiwilts gestaltet hat. Wenn die Interessen der Allgemeinheit mehr als bisher im Rathause berücksichtigt werden sollen, wenn es mit der

sozialen Fürsorge in der Stadtverwaltung vorwärts gehen soll, so muß dafür gesorgt werden, daß bei jeder Wahl die Zahl der sozial- demokratischen Vertreter im Rathause eine stärkere wird. Im Laufe seines Vortrages erwähnte der Redner auch, daß zwei unsere Parteigenossen an der Kommission für die Vorbereitung der Ver- anstaltung anlässlich der Hochzeit des Kronprinzen beteiligt sind. Unsere Genossen werden in dieser Kommission als Helfer unter den Karpen keinen leichten Kampf haben, denn es sei selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen willens sind, dem Byzantinismus nach Möglichkeit Zügel anzulegen. Es könne auch niemand erwarten, daß wir denjenigen Ovationen darbringen, der unsere Partei- genossen als Elende bezeichnet hat. (Stürmische Beifall.) Niemand könne etwas gelegen sein an Ovationen, die nicht aus dem Herzen kommen, und uns solchen monarchische Ovationen nicht aus dem Herzen. (Beifall.) Am Schlusse seines Vortrages wandte sich Genosse Singer an die Parteigenossen mit der Aufforderung, die Zeit agitatorisch auszunutzen, damit auch der 30. Bezirk für unsere Partei gewonnen werde. (Lebhafte Beifall.)

Darauf nahm unser Kandidat, Genosse Sassenbach, das Wort, um in kurzen, treffenden Ausführungen einige Punkte des sozialdemokratischen Kommunalprogramms zu besprechen. Ein anderer Genosse kennzeichnete das Treiben der gegnerischen Parteien. Dann schloß der Vorsitzende, Genosse Zucht, die Ver- sammlun- g mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahl in Breslau. Breslau, 14. November. (Privatdepesche des „Vor- wärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Schüb und Löbe gewählt. In vier Bezirken stehen unsere Kandidaten in Stichwahl. Die Stimmengahl ist von 2600 auf 4400 gestiegen.

Papst-Klagen über Frankreich. Rom, 14. November. (B. Z. V.) In seiner im heutigen Konsistorium gehaltenen Ansprache äußerte der Papst sein Bedauern über den Krieg im fernem Osten und sagte, er bitte Gott, demselben ein baldiges Ziel zu setzen. Sodann sprach der Papst über die Entchristlichung der Bevölkerung Frank- reichs und die Unmöglichkeit, französische Bischöfe zu ernennen. Ihn schmerze, daß man die Krugjäre aus den Gerichtssälen entfernt habe und ihn bestimme die jämmerliche Lage der Kirche in Frankreich. Die Anschuldnung, der Heilige Stuhl habe das Konkordat verfehlt, sei unbegründet. Die französische Regierung sei es vielmehr, welche die Freiheit der Ausübung des katholischen Kultus verlehrt habe, denn sie gestatte nicht, daß der Papst direkt mit den Bischöfen verkehre, trage den Akten der römischen Kongregationen keine Rechnung und habe die kirchlichen Orden aufgehoben. Die französische Regierung mache dem Papst das Recht streitig, einige der von der Regierung für Bischofsstühle vorgeschlagene Kandidaten abzulehnen, ob sie des bischöflichen Amtes würdig seien. Die Regierung ziehe es vor, daß die Bischofsstühle vakant blieben, ehe sie der Ernennung anderer Persönlichkeiten zustimme. Der Papst äußerte, er habe früher nicht von diesen Dingen gesprochen, aus Besorgnis, die Trauer des Vaters der Kirche würde das Unglück vergrößern, aber die Verletzung der Rechte der Kirche und das Ansehen des Heiligen Stuhles forderten einen öffentlichen Protest. Er tät dies nicht aus Gehässigkeit, sondern aus Liebe für das französische Volk. Er könne nicht hoffen, daß die Lage in Frankreich einen Wechsel erfahren werde. Die letzten Ereignisse liehen ihn glauben, daß die Regierung ihre letzten Ziele erreichen werde. Aber wie schmerzlich die Ereignisse auch sein würden, sie würden die Kirche nicht unvorbereitet und nicht furchtsam finden, denn sie hätte das Vertrauen zu der Güte Gottes, welcher die Welt besiegt hätte.

Gefenarbeiter-Ausstand. Havre, 14. November. (B. Z. V.) Hundszehnhundert Karren- fahrer des hiesigen Hafens sind in den Ausstand getreten. Sie ver- langen Lohnerhöhung.

Wien, 14. November. (B. Z. V.) Der amerikanische Botschafter Storer überreichte heute dem Minister des Aeußeren Grafen Goltzow eine Note des Staatssekretärs Hay, betreffend den Vor- schlag der Abhaltung einer neuen Haager Konferenz.

Rom, 14. November. (B. Z. V.) Unter den in dem heutigen geheimen Konsistorium ernannten italienischen und ausländischen Bischöfen befindet sich auch der frühere Nuntius in Paris, Lorenzelli, der zum Erzbischof von Lucca ernannt worden ist. Der Papst teilte dann die schon durch ein Breve erfolgten Ernennungen mit, darunter diejenige Rohns zum Titular-Erzbischof von Pelusio, Bauers zum Erzbischof von Olmütz und Kirstins zum Bischof von Mainz.

Newyork, 14. November. (B. Z. V.) Seit dem großen Wirbel- sturm von 1888 hat kein Orian solche Verlehrsstörungen wie der heutige hervorgerufen. Viele Orte sind durch Telegraph und Fern- sprecher überhaupt nicht, andere nur durch weitaufgehende Umleitungen erreichbar.

Jail River (Massachusetts), 14. November. (B. Z. V.) Der Versuch der Baumwollfabrikanten, den Betrieb der Spinnereien, die wegen des Arbeiterausstandes seit vier Monaten geschlossen sind, wieder zu eröffnen, ist fehlgeschlagen; nur wenige Arbeiter haben sich zur Wiederaufnahme der Arbeit eingestellt.

Petersburg, 14. November. (B. Z. V.) Ein Telegramm General Kuropatkins an den Kaiser vom 12. November meldet: Gestern vor Sonnenaufgang unternahm eine Freiwilts-Abteilung eine Erkundung in der Richtung auf das Dorf Quannifan, 8 Werst östlich von Wianinpuisi. Eine Streifwache von 8 japanischen Dra- gonern stieß aus dem Dorfe in südlicher Richtung. Zwei Reiten von Schangan, die von einer feindlichen Kompanie besetzt waren, wurden festgesetzt. Nachdem der Angriff durch Feuer unserer Truppe vorbereitet und ein Teil dieser ausgeschickt worden war, den Feind zu umgehen, wurden die Schangan genommen. Darauf kam von der Hauptstellung der Japaner her rasch ein Bataillon herbei. Die zwei ersten Kompanien des Feindes zogen sich vor unserem Salbdenfeuer zurück, wobei sie ihre Toten und Verwundenen mitschleppten. Als die beiden anderen feindlichen Kompanien einen Umgehungsversuch machten, zog sich die Freiwilts-Abteilung auf unsere Stellung zurück. Auf unserer Seite war ein Mann gefallen, einer schwer, vier leicht verwundet. Im Laufe des 12. November fand ein schwacher Artilleriekampf auf der ganzen Front statt. Ueber Zusammenstöße an diesem Tage sind Meldungen nicht eingelaufen.

Ein weiteres Telegramm Kuropatkins meldet unter dem gestrigen Datum, daß die Nacht vom 13. November ruhig verlaufen ist und Meldungen über Kämpfe nicht eingegangen sind.

Tosko, 14. November. (Meldung des „Neuerstischen Bureau“.) Hier verlaunet, der zum Wladimiroff-Geschwader gehörige Kreuzer „Gromobol“ sei auf einen Felsen gestoßen und schwer beschädigt nach Wladimiroff zurückgeführt. Der Unfall soll sich ereignet haben, als der „Gromobol“ nach Beendigung seiner Ausbesseerungen eine Probefahrt unternahm. Der „Gromobol“ lechte, so wird berichtet, in sinkendem Zustande von einer flottillen kleinerer Fahrzeuge, die ihn über Wasser hielten, umgeben, nach dem Ankerplatz zurück und wurde wieder ins Dock geschleppt. Wenn sich die Nachricht bestätigt, ist es sicher, daß das Wladimiroff-Geschwader noch längere Zeit untätig bleiben muß.

„La Vie Socialiste“.

Zur Förderung der Einigung der französischen Sozialdemokratie erscheint...

Die neue Zeitschrift will sämtliche Richtungen des französischen Sozialismus...

Eine Zeitschrift, die diese Absichten verfolgt, muß von den nicht-französischen Sozialisten...

Es sind niemals Meinungsverschiedenheiten über die letzten Ziele des Sozialismus...

Will man zu einer Einigung der streitenden Gruppen gelangen, so muß vor allen Dingen...

Es ist daher nicht zweifelhaft, daß die Zusammenarbeit einer bürgerlichen Partei...

In dem Konflikt, welcher unsere französischen Genossen trennt, ist es daher nötig...

Wenn die beiden sozialistischen Fraktionen dasselbe Ziel erstreben, und es wäre ungerecht...

Die innere Lage Frankreichs ist nicht so kompliziert, daß ihr Verständnis besonders erschwert wäre...

Bebel erzählt dann weiter die Kämpfe, welche die deutsche Sozialdemokratie...

Derjenige oder diejenigen, welche versuchen wollten, diese hervorzuheben...

Wir Sozialisten können große Meinungsverschiedenheiten unter uns haben...

Was für Deutschland möglich war, muß möglich sein für Frankreich. Gewiß ist die Situation...

Sozialisten von Frankreich! Enttäuscht nicht die Hoffnungen, welche wir alle auf Euch setzen!

Der Abonnementspreis dieser Zeitschrift beträgt für das Ausland auf drei Monate...

Partei-Nachrichten.

Zur Rechtfertigung des Mainzer Wahlartikels nimmt die „Mainzer Volkszeitung“...

Wir wollen noch darauf hinweisen, daß weder die Erfahrungen in Mainz...

Das muß ein sehr tiefliegendes Mainz-Vertrauensverhältnis sein, daß fünf ultramontane...

Ist der ultramontane Einfluß wirklich so stark, wie er hingestellt wird...

Daß unsere Genossen durch den Wahlhandel jetzt die stärkste Fraktion werden...

Da die Wahl des Genossen Hug zum Gemeindevorsteher in Bant hatten in Beziehung...

Um die in der Gemeinde Bant zu erfüllenden hohen sozialpolitischen Aufgaben...

Die Verhältnisse des Gemeinderats hat nach oldenburgischem Geleze der Gemeindevorsteher...

Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ein Gemeindevorsteher widerwillig ausführt...

Nur im mühseligen Kampfe haben wir es dahin gebracht, daß der Gemeinderat...

Daß Genosse Hug erklärte, auf seine Agitationsreisen und auf seine Reichstagskandidatur...

Es wird in dem Artikel noch mitgeteilt, daß Hug im Einverständnis mit der Partei...

Die Kostenrechnung des bremischen Parteitages schließt mit einem Fehlbetrag...

Nicht beständige Schulvorsteher. In Oldenstedt (Provinz Sachsen) waren vier Parteigenossen...

Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Herzogtums Braunschweig...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein guter Anfang.

Im Saarrevier traten am 1. März eine Anzahl Parteigenossen zu einem Klub zusammen...

Der Gendarm als Zeuge hatte der Versammlung nicht beigewohnt...

Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 30 Mark Geldstrafe...

Zu einem Monat Gefängnis wurde der Redakteur des Greizer Parteiblattes...

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Ausperrung in der Goldmetall-Industrie dauert noch unverändert an. In der gestrigen Streikversammlung...

In den letzten Tagen sind denn auch wieder mehrere Unternehmern bei der Streikleitung vorstellig geworden, ihnen doch die weitausgehendsten Betrieben herausgegebenen Metallformen wieder zu geben; wogegen sich die Herren verpfligten wollten, feinerer Streifarbeits herzustellen zu lassen.

Recht eigentümliche Praktiken scheint gegenwärtig der „Ver. ein für Unfallverletzte“ zu befolgen, wie aus folgender Annonce hervorgeht:

Invalide Gürtler, Bestöcker, Schlosser usw. für leichte Heil- arbeit stellt Verein für Unfallverletzte, Neue Friedrichstr. 3, nach ein. Meldungen usw.

Ob es sich der genannte, wegen seiner angeblichen Fürsorge- tätigkeit für invalide Arbeiter von manchen Sozialpolitikern so hochgerühmte Verein jetzt auch zur Aufgabe macht, den Kühne- männern Streikbrecher zu liefern? Das wäre denn doch eine „Fürsorgetätigkeit“, die auf den „Verein für Unfall- verletzte“ ein außerordentlich trübes Licht werfen müßte.

Die Aussperrung der Tischler.

Die „Nachzeitung“ stellt in ihrer letzten Nummer eine un- ständige Rechnung auf, um „durch Zahlen zu beweisen“, daß die Massenbestände des Holzarbeiter-Verbandes in kurzer Zeit erschöpft sein müssen, und daß dann der Widerstand der verhassten Arbeiter- organisation gebrochen sein muß. Die Rechnung hat, nebenbei be- merkt, einige Fehler. Der Rechenkünstler der „Nachzeitung“ zählt sämtliche streikende Klavierarbeiter des Holzarbeiter-Verbandes zu, während diese Organisation nur mit 600 Mitgliedern am Klavier- arbeiterstreik beteiligt ist. Ferner bucht der Rechenkünstler fälschlich die streikenden und ausgesperrten Möbelpolierer und Maschinen- arbeiter zu Lasten des Holzarbeiter-Verbandes. Auf diese Fehler legen wir jedoch kein besonderes Gewicht, denn in einer Rechnung, deren Grundlage falsch ist, kommt es auf einige Fehler im einzelnen wirklich nicht an. Daß die Rechnung der „Nachzeitung“ auf einer ganz falschen Grundlage aufgebaut ist, sagten wir schon vor einer Woche, als die „Nachzeitung“ triumphierend den Zeitpunkt der Er- schöpfung des Holzarbeiter-Verbandes herbeizählte. Auch gegen- über dem neuesten Rechenkunststück der „Nachzeitung“ bemerken wir, daß man Vorgänge in der Arbeiterbewegung nicht beurteilen kann nach der Zahl der vorhandenen Ratsleute, sondern daß man den allezeit bereiten Opferwillen der Arbeiter als einen Hauptfaktor be- zugsichtig machen muß. Grobe und bedeutungsvolle Kämpfe der Arbeiter sind noch nie am Geldmangel gescheitert. Immer waren die Arbeiter bereit und imstande, die materiellen Mittel für die Führung des Kampfes ihrer Klassengenossen herbeizuschaffen. — Mangel anderer Trostgründe mag es ja der „Nachzeitung“ und den führenden Herren der Holzindustrie als willkommenes Mittel er- scheinen, wenn sie durch eine kunstvoll aufgestellte Rechnung ihrer zweifelnden Gesofolgschaft den nahen Erfolg in Aussicht stellen. In diesem Kampfe dienen aber nicht Zahlen, sondern Tatsachen als Beweismittel, und die Tatsachen werden ja zeigen, daß die Tischler- meister vergebens auf die angeblich so nahe bevorstehende Er- schöpfung des Holzarbeiter-Verbandes vertraut werden. Das ist schon jetzt mit Sicherheit vorzusagen: Ehe die finanziellen Hilfsmittel der kämpfenden Arbeiter erschöpft werden können, haben die führenden Holzindustriellen, wenn sie auf ihrem Standpunkt beharren, zahlreiche Existenzen kleiner und mittlerer Tischlermeister vernichtet.

Nebrigens scheint die „Nachzeitung“ der Wirkung ihrer Rechnung auf die Stimmung der Leser nicht recht zu trauen, denn sie fügt dem Rechenkunststück noch eine Verdächtigung der Zeitung des Holzarbeiter-Verbandes hinzu, wodurch eben die Stimmung, welche die Scharfmacher brauchen, noch erhöht werden soll. Die „Nachzeitung“ tut sehr erstaunt darüber, daß in der letzten Auf- stellung des Holzarbeiter-Verbandes 588 Arbeitstage angeführt werden, und sie meint, durch diese Angabe solle wohl die Mogelei, welche der Holzarbeiter-Verband durch zu niedrige Angabe der Zahl der Aussperrten getrieben habe, verdeckt werden.

Diese Verdächtigung wirft ein großes Licht auf die Kampfes- weise der führenden Unternehmern. Sie fassen eben alles als Ge- schäft auf, und ein Geschäft ohne Mogelei scheint ihnen nicht denkbar. Sollte man denn in der Redaktion der „Nachzeitung“ wirklich nicht wissen, daß während dieses Kampfes sowohl im „Vorwärts“ wie in bürgerlichen Blättern schon öfter eine annähernd ebenso hohe Zahl von Arbeitstagen angegeben wurde, wie in der letzten Aufstellung des Holzarbeiter-Verbandes? Auf Seiten der Arbeiter ist keine Ursache zu Mogeleien. Daß aber auf der anderen Seite Mogeleien hinsichtlich der Aussperrung betrieben worden sind, das geht doch schon aus der Tatsache hervor, daß die Unternehmern ihre Gesofolgschaft immer und immer wieder zur Innehaltung der ge- fassen Beschlüsse anhalten mußten. — Zur Kampfesweise der „Nachzeitung“ paßt es allerdings, daß sie durch Verdächtigungen der Arbeiterorganisation ihre Leser bei Stimmung zu erhalten sucht.

Ueber die Situation des Kampfes ist mitzuteilen, daß am Montag 30. Aussperrte beim Holzarbeiter-Verband gemeldet wurden. Die Zahl der Streikenden, welche am Sonnabend zu- gunsten der Aussperrten die Arbeit niederlegten, beläuft sich auf 86.

Zum Streik der Klavierarbeiter teilt die „Nachzeitung“ der Tischlermeister mit, daß die Pianofortefabrikanten am letzten Donnerstag beschlossen haben, Verhandlungen vor dem Einigungs- amt abzulehnen, falls solche in Vorschlag gebracht werden.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß eine Anfrage, ob man vor dem Einigungsamt verhandeln wolle, vom Gewerbeamt so- wohl an die Arbeiter als auch an die Fabrikanten gerichtet worden ist und die Arbeiter sich bereit erklärt hatten, einem Rufe vor das Einigungsamt zu folgen.

Leistungen ohne Entschädigung. Die Monteure und Leiterträger der städtischen öffentlichen Beleuchtung, die mit der Ausschmelzung der Glühkörper, Instandsetzung der Brenner usw. betraut werden, haben eine zehnstündige Arbeitszeit, welche sich infolge des eigen- artigen Betriebes, besonders in den Wintermonaten, bis tief in die Nacht hinein ausdehnt. Bedacht mit der Handwerksaltäre und umfangreichen Kästen, in denen sich die Glühkörper befinden, eilen die Leute in ihren ausgehenden Kleider bei Wind und Wetter von Laterne zu Laterne, um dieselben in Ordnung zu halten. Ein gewisses Pentum wird ihnen vorgeschrieben und wehe demjenigen, der dieses nicht innehalten kann, wenn, wie in der letzten Zeit, die Qualität der Körper zu wünschen übrig läßt. Verächtlich man, daß die Kästen, die die Leute den ganzen Tag mit sich herum- schleppen, häufig über 30 Pfund wiegen, so wird jeder objektiv urteilende Mensch anerkennen, daß die Kräfte des Arbeiters sehr stark mitgenommen werden. Das Personal der öffentlichen Beleuchtung stellt denn auch ein verhältnismäßig starkes Kontingent von Kranken besonders für Lungen- und Gelenksleiden. Was aber den berechtigten Unwillen der Arbeiter hervor- ruft, ist das sonderbare Verlangen des Betriebsleiters, daß die Arbeiter verpflichtet sind, ohne Entschädigung nach Feier- abend diese Materialkisten neben dem übrigen Werkzeug mit sich zu nehmen nach ihren meist entlegenen Wohnungen. Während bei anderen Gesellschaften, wie bei Auer usw., die Arbeiter ihre Kästen vor Beendigung der Arbeitszeit nach dem Betriebe bringen, verlangt man in einem kommunalen Betriebe die peinlichste Einhaltung der Arbeitszeit, und erst nach der Beendigung ist es gnädig gestattet, ohne eine Verzögerung die schweren Kästen nach Hause tragen zu können. Wollen sie nach einem regnerischen Tage, durchnäßt und ermüdet, recht bald ihre Wohnung erreichen, so kommt es häufig vor, daß sie wegen des Umfanges ihrer Kästen von der Mitfahrtaut ausgeschlossen werden. Ebenso unentgeltlich haben die Leute vor dem Beginn ihrer Arbeitszeit die Kästen von der Wohnung nach der Zentrale zu bringen und sind außerdem ver- pflichtet, dieselben während ihrer Mittagspause mit sich zu nehmen und jederzeit für dieselben aufzukommen. Das Verlangen der Arbeiter, für diese Tätigkeit entschädigt zu werden, ist bisher nicht berücksichtig worden. Die Arbeiter können nicht recht verstehen, weshalb man von ihnen Leistungen verlangt, ohne dieselben zu bezahlen. Wenn irgend ein Beamter eine Nebenbeschäftigung verrichtet, so erhält

er eine Funktionszulage; der Bureaubote oder Kanjlist, der nach den Dienststunden Schreibereien anfertigt, wird dafür bezahlt und nur von den Arbeitern, die an und für sich für minimalen Lohn eine lange Arbeitszeit haben, wird im Interesse des Betriebes eine Zeitigung verlangt, zu der sie nicht verpflichtet sind. Die Arbeits- zeit für die Monteure und Hilfsarbeiter ist auf zehn Stunden fest- gesetzt und es entspricht nicht den rechtlichen Bestimmungen, darüber hinaus Leistungen ohne Gegenleistungen zu verlangen. Mit demselben Rechte könnte man fordern, daß die Straßenreiner ihre Karren und Besen und die Rohrleger die Feldschneiben mit nach Hause nehmen müssen. Die Arbeiter erhoffen eine Änderung dieses Zustandes, der zweifelsohne der Stadt unwürdig ist.

Metallarbeiter! Die Konferenz der Vertrauenspersonen des Süd-Osten, Süden und Zentrum fällt wegen des Bußtages aus.

Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Der Streik der Tischler, Drechsler und Polierer in der Vartker Aktien-Möbelfabrik dauert unverändert fort. Die Fabrik- leitung hat mit allen Mitteln versucht, Arbeitswilde zu bekommen und es ist ihr auch gelungen, in den zehn Wochen des Streiks sieben Tischler und drei Drechsler zu erlangen. — Zugug ist nach wie vor fernzuhalten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

In allen sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen

werden Dienstag abend 8 Uhr

Parteierversammlungen

abgehalten, in denen Bericht und Neuwahl der Vertrauens- leute u. auf der Tagesordnung stehen. In einzelnen Wahl- kreisen finden außerdem noch Vorträge sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter statt. Die Versammlungen tagen in folgenden Lokalen:

Erster Wahlkreis: Arminhallen, Kommandanten- straße 20.

Zweiter Wahlkreis: Volkbräner, Tempelhofer Berg (Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rich. Fischer über: „Neue Parteistärke“).

Dritter Wahlkreis: Vogts Ritter-Säle, Ritter- straße 75.

Vierter Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15 (Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Paul Singer über: „Die kommende Reichstagsession“).

Fünfter Wahlkreis: Altes Schützenhaus, Linien- straße 5 (Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rob. Schmidt über: „Volksschule und Volksbildung“).

Sechster Wahlkreis: Fiskeller, Chausseestr. 88 (Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen H. Rolkenbuhr über: „Die Totengräber der kapitalistischen Produktion“).

Parteiengenossen, besucht zahlreich diese überaus wichtigen Versammlungen!

Die Vertrauensleute.

Zweiter Wahlkreis (Südost). Morgen, am Bußtag, unternimmt der Wahlverein eine Fußpartie nach Schmüdow. Treffpunkt früh 8 Uhr auf dem Götterplatz Vahnhof.

Reinickendorf. Heute, Dienstag abend 8 1/2 Uhr, ist bei Rein- hard, Hauptstr. 51, die Generalversammlung.

Niederschönhausen. In der heute Dienstag Lindenstr. 43 statt- findenden Volksversammlung spricht Genosse Georg Freiwald über „kommunale Aufgaben“. Regte Agitation zu dieser Versammlung ist Pflicht der Genossen.

Niederschönhausen. Am Bußtag (Mittwoch) werden Hand- zettel für die Gemeinderatswahl verbreitet. Alle organisierten Parteigenossen haben sich an dieser Verbreitung zu beteiligen. Treffpunkt: 1/8 Uhr morgens bei Dücker, Eichenstr. 70. — Die für Bußtag geplante Herrenpartie findet nicht statt.

Lokales.

Ein anderes Ich.

Vor etwa zehn Jahren wurde im Lessing-Theater ein schreul- ches Sensationsstück von Paul Lindau „Der Andere“ auf- geführt. Ein Staatsanwalt war durch Ueberanstrengung, durch allzeitiges Aufgehen in seinem Beruf so nervenkrank geworden, daß er nachts wandelte und in sonnambulen Zustand in Raschmen- haufe und Eindrücke verfiel. Das lang ebendam paradox, aber jetzt bestätigte es die Zeit. Publikum und Kritik hätten nicht die Idee des Herrn Lindau absurd gefunden, wenn sie damals den Fall Siegfried Jacobsohn gekannt hätten. Besagter Herr Jacobsohn ist 1881 geboren, hat aber schon in früher Jugend eine solche Reife erlangt, daß er bereits seit etlichen Jahren sehr forscher Theaterkritiker eines hiesigen Montagsblattes ist. Kein Wunder, wenn ein solcher Mann schon mit 23 Jahren das Recht auf Decadence für sich in Anspruch nimmt.

Es handelt sich bei diesem Herrn um folgendes: Der Schriftsteller Alfred Gold von der Wiener „Zeit“ hat dem „Berliner Tageblatt“ vor einigen Tagen einen merkwürdigen Beitrag zur Entstehung einer Kritik überreicht. Der Zu- schrift des genannten Herrn lagen die Nummern der „Welt am Montag“ vom 26. September und 7. November 1904 bei, die zwei Theaterkritiken von Siegfried Jacobsohn enthalten, ferner die Nummer der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ vom 25. Dezember 1897, die eine Theaterkritik von Alfred Gold enthält:

In der Wiener „Zeit“ vom 25. Dezember 1897 schreibt Alfred Gold über Adele Sandrod als Magda in Subermanns „Heimat“: „Aber was sind alle diese Glossen? Nur Beispiele, nur Versuche, in Worten und Gedanken etwas aufzufangen, was nicht aus Worten und Gedanken geschöpft, sondern erlebt und daher unendlich ist. Man folgt ihrem Spiel auch gar nicht so, wie man sonst einer Bühnen- leistung folgt. Denn nicht bloß eine einzig verfolgbare Linie läuft durch ihre Darstellung, sondern tausend gedrochene Linien und Reflexe kreuzen sich in jedem Moment ihres Magda-Daseins.“

Ganz dieselbe Uebereinstimmung der Worte beider Kritiker findet sich, wenn eine von Gold über Adele Sandrod 1897 geschriebene Kritik mit einer Kritik des Duse-Gastpiels verglichen wird, die Herr Siegfried Jacobsohn in seinem Montagsblatt vor erst acht Tagen veröffentlicht hat.

Die Welt ist wie die Jugend des Herrn Jacobsohn schnell fertig mit dem Wort und denkt an den Schulschulgebrauch des Abschreibens von Musteraufgaben, den besagter Herr noch nicht verschüttet habe. Aber die Welt ist im Unrecht mit dieser bodhaften Deutung der Dinge. Der Fall liegt diesmal, wie wir von Herrn Jacobsohn selbst erfahren, psychologisch. In seiner Montagszeitung gibt er den Tat- bestand zu, überläßt uns dafür aber mit folgender Deutung der Dinge:

Die Erklärung? Mein jüngst erschienen Buch und mein Gedächtnis. Um „das F-ater der Reichshauptstadt“ zu beschreiben,

dessen Entwicklung ich nur in den letzten Jahren miterlebt habe, hatte ich die Aufgabe, mir die Zeit von 1870 bis 1900 teils zum erstenmal vor die Augen zu führen, teils aufzufrischen und mich nach Möglichkeit von ihren Stimmungen und ihrem Charakter durchdringen zu lassen. Dazu dienten mir alle erreichbaren Zeitungen und Zeitschriftenbände aus diesen drei Jahrzehnten — „Vossische Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Deutsche“ und „Neue Deutsche Rundschau“, „Gegenwart“ und „Zukunft“, „Deutschland“ und „Wagazin“, „Nation“ und „Wiener Zeit“ —, die ich über- gewisshaft so und so viel Stunden täglich mit überanstrengten Augen und überanstrengten Nerven durcharbeitete. Aber nach und nach während dieser Arbeit zeigten sich üble Folgen. In meinem Ge- dächtnis, von dessen abnormer Stärke und Zuverlässigkeit fast jeder Proben erhält, der eine Zeitlang mit mir verkehrt, schlummernden Worte, Bilder, Sätze und ganze Sätze folgen fremder Autoren, die durch die geringste Assoziation geweckt wurden und es mir in zahllosen Fällen zu meiner Qual unmöglich machten, einen eigenen Ausdruck für meinen Eindruck zu finden. Dieser Zustand des häufig erfolglosen Eindringens um den eigenen Ausdruck wurde am ärgsten nach den Ferien dieses Jahres, in denen ich nachweislich bis zum letzten Tage an jenem unscheinbaren, aber unendlich mühevollen Buche gearbeitet hatte, und aus denen ich erschöpfter zurückkam als je.

Herr Paul Lindau hat jetzt ein Recht, sein längst vergriffenes Schauspiel von neuem der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Er mag es dann unter dem Titel „Der Fall Jacobsohn“ aufführen lassen. Die Rechtfertigung, die dem Dichter und Theaterdirektor spät, aber um so gründlicher durch den Kritiker der „Montagszeitung“ zuteil geworden ist, rückt um so mehr in die Augen, wenn man denkt, daß der Verfasser des Kritikers und der des Staats- anwalts eng mit einander verwandt sind. Beide Herren haben ihre Mitmenschen herunterzureißen, wobei es nicht viel ausmacht, daß der eine Einbrecher und Zeitungredakteur, der andere Schau- spieler und Dichter sich zum Objekt erkoren hat. Wer will überhaupt Subjekt und Objekt, Schriftsteller, Rezensenten und Spitzbuben auf den ersten Blick von einander unterscheiden? Das verschimmt alles gar leicht in einander. Ein Staatsanwalt eignet sich unbewußt als zweites Ich das Ich eines Diebes an, ein Kritiker das Ich eines Kollegen. Das ist für Psychologen etwas ganz Selbstverständliches, und die Beweisführung für solche Entwicklung des Geisteszustandes ist ebenso schlüssig wie die andere des Herrn Jacobsohn, daß eine ungeheure Nervenspannung nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des Gehirns zur Folge hat, die sich in schlimmen Fällen derart steigert, daß der von solcher Krankheit Befallene nicht allein Schillers „Glocke“, sondern sämtliche Theaterkritiken sämtlicher Rezensenten der Welt von Anfang bis zu Ende aus dem Gedächtnis herjagen kann.

Der Ausschuß zur Prüfung der von der Stadt selbst zu er- bauenden Straßenbahnlinien beschloß gestern nach vierstündiger Be- ratung mit acht gegen sieben Stimmen, der Stadtverordneten-Ver- sammlung die Annahme der Magistratsvorlage über die Linie Wallenplatz-Redding zu empfehlen. Vorher war ein Antrag Jacobi gegen sieben Stimmen abgelehnt worden, worin der Magistrat er- sucht wurde, diese Linie von der Großen Berliner Straßenbahn auf Grund des § 4 des Straßenbahn-Vertrages erbauen zu lassen. Hierbei hätte die Stadt an die „Große“ einen Betrag von etwa 600 000 M. bezahlen müssen. Die Stimmung war eine außer- ordentlich gereizte. Der Oberbürgermeister führte u. a. an, daß wenn Berlin jetzt nicht baue, es sich für alle Zeiten die Möglichkeit zur Erbauung eigener Straßenbahnen verlohre. Diese Unterlassungs- sünde werde die Stadt später mit Millionen und Abermillionen be- zahlen müssen. Den Gipfelpunkt der Ausführungen des Oberbürger- meisters bildete der Vorwurf, daß die Gegner der Magistratsvorlage, „allerdings unbewußt“, nur die Geschäfte der Aktionäre der Großen Berliner Straßenbahn besorgten. — Die Weiterberatung, speziell über die Sadtlinien, wurde bis Donnerstag früh 10 Uhr vertagt.

Der Ausschuß zur Vorbereitung des Disziplinarverfahrens betreffend Ein- schränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe hat unter Ablehnung der von untern Genossen gestellten Anträge der Magistratsvorlage seine Zustimmung erteilt. Ebenso wurden die Anträge Wallach und Genossen, welche eine wesentliche Ver- schlechterung enthielten, abgelehnt. Nach dem Disziplinar soll also, mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelbranche, für welche die alte Zeit bestehen bleibt, die Arbeitszeit von morgens 8—10 Uhr festgesetzt werden. Ferner wurde einer Resolution Rodler Zu- stimmung erteilt, welche eine Petition wegen anderweitiger Befreiung des Sonntagsgottesdienstes anstrebt.

Der Freisinnskandidat im 30. Kommunal-Wahlbezirk, Herr Malermeister Rettig, hat in einer Wählerversammlung auf die umfangreiche Tätigkeit hingewiesen, die er in verschiedenen Ver- einen und in kommunalen Ehrenämtern seit langem für das Allgemeinwohl“ entfaltet habe. Hierzu wird uns aus den Reihen der Gehilfen des Malergewerbes geschrieben, es sei ver- wunderlich, daß Herr Rettig es unterlassen habe, sich den Wählern auch als den Vorstehenden des „Arbeitsgeber-Verbandes der Malergewerkschaft“ und der Vor- ort“ vorzustellen. Ob er denn jetzt plötzlich nicht mehr stolz darauf sei, mit Leuten wie Kühnemann, Felisch, Rahardt usw. in einer Reihe zu stehen? In der Zuschrift, die wir hierüber erhalten haben, wird die Vermutung ausgesprochen, daß der Freisinn- kandidatt Rettig von Maler Gehilfen wohl keine einzige Stimme erhalten werde. Nun, wir denken, das verliert sich doch von selber! Wir setzen voraus, daß auch jeder andere Arbeiter ergebnis dafür danken wird, einem Manne wie Rettig zu einem Stadtverordneten-Mandat zu verhelfen. Es gibt in der Stadt- verordneten-Versammlung gerade genug Vertreter des Unter- nehmertums. An ihnen und den Hausagrarier hat die sozial- politische Rückständigkeit der Kommune Berlin ihre festeste Stütze. Da wird kein Einsichtiger wünschen, daß noch ein neuer Vertreter dieser Spezialinteressen in das rote Haus einzieht. Jeder Arbeiter wählt untern Genossen Sassenbach.

Die Hoffnungen der Freisinnigen auf einen nochmaligen Sieg im 30. Bezirk sind in der Tat nicht sehr groß. Da sie wissen, wie schwer der Kampf für sie werden wird, so suchen sie mit allen Mitteln Wähler für ihren Rettig einzufangen. Der Umstand, daß die Bürgerpartei ihm den Antisemiten Freigel gegenübergestellt hat, wird jetzt von den Freisinnigen dazu benutzt, die Juden zu alarmieren, die im 30. Bezirk in großer Zahl anässig sind. In einem „vertraulichen“ Schreiben, das diesen zugegangen ist, wird empfehlend hervorgehoben, daß Herr Rettig „in den städtischen An- gelegenheiten keinen Unterschied der Konfession macht.“ Nur in den „städtischen Angelegenheiten“? Wir hatten immer gemeint, einen solchen Unterschied soll ein vernünftiger, aufklärter Mensch über- haupt nicht machen! Wir sind gespannt auf die Wirkung, die dieses Schreiben auf die Empfänger ausüben wird. Nun werden sie gewiß in hellen Haufen herbeieilen, um dem Freisinn zu helfen? Oder nicht? Einer von ihnen schreibt uns über diese Stimmenbettelei mit derben, deutlichen Worten, daß er „von den Liberalen Wählerlappen nichts mehr wissen will.“

Wenn am 23. November ein großer Teil der bisherigen Gesofolgschaft des Freisinnigen sich diesem Urteil anschließen sollte, so könnte das niemanden überraschen, nicht einmal die Freisinnigen selber. In der dritten Abteilung vermag der Freisinn seinen Nieder- gang durch nichts mehr aufzuhalten; das wird der Ausfall auch dieser Wahl aus neue dartun. Die dritte Abteilung muß der Sozial- demokratische gehören. Früher oder später wird aus ihr einmal der letzte Freisinnige mit Schimpf und Schande hinausgestoßen werden.

Ueber das Schicksal des Grunewaldes hat sich einer Abordnung gegenüber der Landwirtschaftsminister v. Podbielski eingehend aus- gesprochen. Aus dem Bericht des „Berliner Tagebl.“ erfahren wir, daß der Minister erklärte, von einer Umwandlung des Grunewaldes in einen „Wurstelproter“, die von mehreren Seiten als fest beschlossen hingestellt war, sei keine Rede. Von dem ganzen, 18 000 Morgen umfassenden Gebiet südlich der Verbindungsstraße von Charlotten-

Burg bis zur Habel werde nichts für spekulative Zwecke geopfert werden. Aber es löste für den Fiskus nicht die Verpflichtung anerkennen, daß er für die großen Städte Waldungen und Parks zu erhalten oder herzustellen habe. Legten die großen Städte Wert darauf, für ihre Bevölkerung Parks zu schaffen, so müßten sie ihrerseits auch dafür Opfer bringen. Der Rede Sinn im ganzen ist, daß Berlin früher oder später auch für den Grunewald als Volkspark Opfer bringen soll.

Anarchisten-Prozesse. Anlässlich einer zum 17. Juli d. J. von Anarchisten nach dem Kaiserlichen Stengerhause, Alte Jakobstraße, einberufenen Volksversammlung, die polizeilich aufgelöst wurde, wobei es zu einem Konflikt zwischen dem überwachenden Beamten und der Versammlungsleitung kam, sind mehr als zwanzig Versammlungsteilnehmer auf dem Berliner Polizeipräsidium protokolllarisch vernommen worden. Der Beamte hatte die Auflösung der Versammlung ausgesprochen und zum Auseinandergehen aufgefordert, während die Versammlungsleitung gegen die Auflösung protestierte und die Anwesenden mit der Begründung zum Bleiben aufforderte, die Versammlung sei bereits verlagert gewesen, als der Beamte die Auflösung ansprach.

Jetzt ist eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt gegen folgende Personen erhoben worden: Handlungsgehilfe Rudolf Lange, Korrektor Albert Jörasch, Arbeiter Verhold Kahn, Postamtenführer Joseph Stominski, Schriftsteller Johannes Polmann, Anstreicher Hans Neugg, Schlosser Gustav Gladdasch, Maler Raphael Burckhardt, Schönwitzer Gustav Disner, Schlosser Karl Schläpke, Stuhlreiter Reinhold Köhr, sämtlich in Berlin. Ferner Schriftsteller Werner Karfunkelstein in Charlottenburg und Arbeiter Julius Grunwald-Brig. Der Prozeß beginnt am 5. Dezember vor dem hiesigen Schöffengericht.

Außerdem ist noch gegen Karfunkelstein und Lange eine Sonderanklage wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt erhoben worden.

Die Notwendigkeit, den Geistlichen das Verfügungsrecht über die Friedhöfe zu nehmen, ergibt sich aus folgender Meldung des Berliner Tageblatts: Einer Familie war ein Angehöriger gestorben, der auf den katholischen Friedhof zu Marienhöhe bei Süden de beigesetzt wurde. Die Kinder des Verstorbenen beschloßen, einen Denkstein setzen zu lassen. Das Denkmal sollte in larrarischem Marmor zur Ausführung gelangen, und als Motiv war eine allegorische weibliche Gestalt in Hochrelief gewählt worden, die in einem Medallion ausstrahlte das Bildnis des Verstorbenen in ihrem rechten Arme hält. Die Pfarrgeistlichkeit der St. Bonifazius-Gemeinde, deren Aufsicht der Friedhof unterliegt, versagte aber wegen der „unsittlichen Nacktheit“ der weiblichen Figur die Genehmigung zur Aufstellung des Grabdenkmals. Um den Angehörigen Weiterungen zu ersparen, umgab der Architekt die Glieder der Göttin mit einem leichten Gewand, so daß wenigstens die Schönheit der künstlerischen Arbeit nicht ganz verloren ging, und so wurde das Grabmal auch vollendet. Der fertige Denkstein wurde in vergangener Woche zum Friedhofe gefahren, aber die Geistlichkeit verweigerte abermals die Aufstellung. Die nicht noch einige entblößte Stellen von dem schützenden Gewande bedekt seien, so wurde bestimmt, aber könnte von einer Aufstellung keine Rede sein. Die Söhne boten, der Steinmetz hat, der Architekt fehlte, man möchte doch angedächts des fertigen Monuments ein Einsehen haben, — alles vergebens. Da trat als rettender Engel der Gärtner aus dem Hintergrunde mit der bescheidenen Frage: „Wie wäre's denn, dochwürden, wenn wir die anstößigen Stellen — mit Eisen bekleiden?“ Das oft der Verstand der Verhandigen nicht sieht, das sieht oft in Eile ein Gärtnergemüt. Das Denkmal erfüllt nach den mancherlei Kämpfen jetzt an rechtem Platze seinen Zweck, und feuchter Esen wuchert moralisierend über dem unbedeckten Busen einer marmornen Göttin.

Es ist ja nicht der erste Fall, daß die unkeusche Phantasie eines Geistlichen die Nacktheit nicht leiden kann. Daher darf die Geistlichkeit in Kunstangelegenheiten nichts mitzureden haben. Auch auf Friedhöfen nicht, die auch aus vielen anderen Gründen nicht der Geistlichkeit, sondern der Gemeinde unterstellt sein sollten.

Die gestohlene Kautschekette des Stadtv. Reimann wird demnach die Stadtverordneten-Versammlung beschaffen. Der Magistrat hat dieser nämlich eine Vorlage zugehen lassen, wonach sie sich damit einverstanden erklären soll, daß die zum Ankauf der Kette nötigen 80 M. aus dem Fonds für „unvorhergesehene Ausgaben“ entnommen werden.

Für den preussischen Städtetag, welcher, wie gemeldet, seine Sitzungen am 6. und 7. Dezember d. J. vormittags 10 Uhr, im hiesigen Rathaus abhalten wird, ist jetzt die endgültige Tagesordnung wie folgt festgelegt worden: über das „Fluchtlinien-Gesetz“ werden die Oberbürgermeister Dr. Wilms, Posen und Dr. Dehler, Galberstadt referieren, über den Wohnungs-Gesetzentwurf Oberbürgermeister Zweigert, Essen und Stadtrat Fischel, Berlin, über die Rechte der Städte an ihren Schulen Stadtrat Rabe, Breslau und Bürgermeister Lichtenberg, Dortmund. Die Tagesordnung beginnt mit den üblichen Geschäftsmitteilungen und schließt mit der Neuwahl des Vorstandes. Seitens der Stadt Berlin werden wieder vier Magistratsmitglieder und fünf Stadtverordnete an den Verhandlungen teilnehmen.

In einem Tanzlokal in der Gneisenaustraße schwebten am Sonntagabend die Paare eben im schönsten Walzer dahin, als auf einmal einer der Tänzer Halt gebot, seine Dame mit einer Verbeugung verabschiedete, einen der Tänzer beim Widel nahm und mehrere Herren aufforderte, mit einigen anderen daselbst zu tun. Der verblüffte Vorgang fand auf der nächsten Revierwache eine Fortsetzung. Vor acht Tagen überfielen halbwildliche Burken an der Ecke der Schleiermacher- und Wälderstraße einen Mann und beraubten ihn seines Ringes und seiner Wertsachen. Aus ihrer Beschreibung erkannte die Kriminalpolizei in den Räubern Stammgäste jenes Tanzlokal. Daraufhin mischte sich ein Kriminalwacheleiter unter die Gäste, um sich seine Leute herauszufischen. Nachdem das geschehen war, gab er seinen Beamten das Zeichen und nun wurde die Motte festgenommen und von Beamten des Reviers nach der Wache gebracht. Die Verhafteten leugnen, wurden aber dem Untersuchungsrichter vorgeführt, weil ihnen durch Gegenüberstellungen bewiesen wurde, daß sie an dem Straßenraub beteiligt sind.

Frömmigkeit in der Ledewelt. Ein Verächterfasser meldet: „Mottchen“ hat sich endlich die Flügel verbrannt. Lange genug hatte sie auch ihre Wesen getrieben, die internationale Hochstaplerin Auguste Bahnen, deren Spezialität die Scheinbesitzigkeit war. „Mottchen“, wie sie in der Berliner Ledewelt hieß, trug ein äußerst religiöses Wesen zur Schau und wußte sich dadurch leicht einzuführen und bei gegebener Gelegenheit anzuknüpfen. Als angenehme Gesellschafterin konnte sie sich namentlich bei älteren Herren sehr beliebt machen. Wenn sie aber dabei nicht genug verdiente, so legte sie sich auf den Diebstahl. So machte sie im vergangenen Sommer die Hofbesitzer unsicher, indem sie einzelnen Herren oder auch Ehepaaren, an die sie Anknüpfung fand, Wertsachen der verschiedensten Art stahl und dann spurlos verschwand. Zuletzt suchte sie der Staatsanwalt von Köstlin. Dort hatte „Mottchen“ auf der Durchreise eine Brosche gestohlen, die mindestens 2000 M. wert ist. Mit dieser Beute fuhr sie nach Berlin, wo sie oft unter einem falschen, jetzt aber unter ihrem richtigen Namen wohnte. Die Brosche gab sie einem ihrer Bekannten in Verwahrung. Dieser, ein sehr tätiger Wechselkäufer, verriet sie, und so kam sie jetzt bei einem Pfandleiher wieder zum Vorschein, nachdem „Mottchen“ ihr reich ausgestattetem Quartier in der Lützenstraße mit einer einfachen Kiste im Moabitler Untersuchungsgefängnis veräußert hat. Bei einer Hausdurchsuchung fand man auch eine Menge anderer Wertsachen, die das „fromme“ Mädchen hier und dort gestohlen hat. Alles das wurde beschlagnahmt.

Täglich verunglückt ist der 32 Jahre alte Pignorenarbeiter Franz Müller aus der Fischerstr. 9, der seit 22 Jahren in der Fabrik von Femeleer u. Co., Breitestr. 11, beschäftigt war. Als Müller am Freitag um 5 1/2 Uhr Feierabend gemacht hatte und nach Hause gehen

wollte, bekam er auf der Treppe einen Schwindelanfall und stürzte zehn kleinere Stufen hinunter. Bewußtlos wurde der Verunglückte mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er an den Folgen eines Schädelbruches starb.

Ein schweres Brandunglück, das einem 24jährigen Arbeiter das Leben kostete, machte der Feuerwehrgestern mittig in der Ritterstraße 81 viel zu schaffen. Kurz nach 11 Uhr kam in der im ersten und zweiten Stock gelegenen Celluloidfabrik von Fahrenbach u. Heidenfeld infolge eines überheizten Ofens Feuer aus und zwar an der Straßenseite. Die in dem Musterzimmer lagernden Celluloidwaren ständen im Nu in Flammen und stierend wurden die großen Fensterheben auf die Straße geworfen. Binnen einer Minute übersprang das Feuer mehrere Arbeits- und Lagerräume, so daß auch der ganze Seitenflügel in eine vollständige Rauchwolke eingehüllt wurde und aus sämtlichen Fenstern des ersten und zweiten Stockes helle Flammen schlugen. Der Feuerwehrgestern wurde sofort „Mittelfeuer“ gemeldet, worauf außer der gesamten fünften Kompanie auch noch die Dampfhydrantenzüge 6 und 11 herbeieilten. Mittlerweile waren aber aus einer dem brennenden Hause gegenüberliegenden Destillation zwei Männer namens Bruschke und Grunenberg die Treppen des Hauses emporgestürzt, um etwa gefährdete Personen zu retten. Während nun Bruschke im zweiten Stock hantieren machte und von hier aus zwei fast ohnmächtig gewordene Frauen über die verqualmten Treppen hinabführte, drang Grunenberg gegen den Willen seines Kameraden bis zum dritten Stock vor. Hier ist er dann jedenfalls erstickt; als er später von der Feuerwehrgestern tot aufgefunden wurde, war sein Gesicht bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Die Feuerwehrgestern trifft keine Schuld, da sie von dem Verbleib des jungen Mannes keine Ahnung hatte. Bei Ausbruch des Feuers waren 21 junge Arbeiterinnen in der Celluloidfabrik bei der Arbeit, glücklicherweise im Seitenflügel. Sie konnten sich noch rechtzeitig durch einen Notausgang nach dem Quergebäude hin in Sicherheit bringen. Raum war die Feuerwehrgestern eingetroffen, als aus einem Fenster des dritten Stockes laute Hilferufe erklangen. Zwei Frauen und ein Mann, nämlich die Familie des Kaufmanns Gerotwohl, standen mit gerungenen Händen am Fenster und machten sich zum Sprunge in die Tiefe bereit. Einige aufgeregte Minuten vergingen, dann wurden die drei Personen einzeln von Feuerwehrgestern über die mechanische Leiter hinweg gerettet. Der verbrannte Grunenberg ist 24 Jahre alt, wohnte Schönleinstr. 8 und war Arbeit.

Zu dem Tode des 24jährigen Arbeiters Erich Grunenberg wird uns aus unserer Leserkreise mitgeteilt, daß der junge Mann hätte gerettet werden können, wenn nicht ein Schuttmann eine allzu schroffe Haltung bei Ausübung seines Berufs gezeigt hätte. Wie nämlich der Arbeiter Bruschke, der zwei fast ohnmächtig Frauen von der verqualmten Treppe aus dem zweiten Stock ins Freie führte, behauptet, habe er einen Schuttmann darauf aufmerksam gemacht, daß sein Kollege Grunenberg mit ihm die Treppen des brennenden Hauses emporgestürzt, aber dann nicht wieder zum Vorschein gekommen sei. Der Schuttmann habe ihn hierbei in wenig höflichen Ausdrücken angefahren und ihm bedeutet, daß er hier nichts zu sagen habe, weil die Feuerwehrgestern bereits in Tätigkeit getreten sei. In der Aufregung wußte dann Bruschke vergessen haben, weitere Meldung von dem Verschwinden seines Kameraden zu machen.

Wir geben diese Darstellung mit allem Vorbehalt, da sie, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, dem betreffenden Schuttmann eine schwere Verantwortlichkeit aufbürden würde.

Allerhand Brände. Im Passage-Theater geriet am Sonntagabend um 9 Uhr bei offener Szene von einer kleinen Lampe aufgelaufener Spiritus in Brand, die Feuerwache beseitigte die Gefahr. Das anwesende Publikum blieb ruhig bis zu Ende. — Im Belle-Alliance-Theater entstand gestern während der Nachmittagsvorstellung Feuerlärm und eine Verunreinigung des Publikums durch Ablassen von Dampf, was zu der Annahme führte, daß der Dampfessel geplatzt sei. — Durch eine Petroleum-Lampen-Explosion entstand am Sonntag in der Plantagenstr. 5 ein Wohnungsbrand. — In der Kottbuserstraße brannten gleichzeitig Kampferspiritus, Alceder u. a. Kurz vorher stand der Korridor im dritten Stock des Hauses Alte Jakobstr. 171 in Flammen. Gestern früh um 5 Uhr war an der Ecke der Rast- und Amrumstraße eine Laube in Brand gesteckt worden. Um die Gefahr zu beseitigen, mußte der 16. Zug Wasser geben. Am 7. Uhr brannte das Haus Poppel-Allee 100. Durch Entzündung von Benzin kam in einer Metallwarenfabrik Elisabethufer 29 Feuer aus. Schmelzen brannten Steinmehlr. 60, Fett in der Brunnenstr. 56, Gas an der Ecke der Alexandrinen- und Mathiewstraße, Wachs in der Invalidenstr. 12 und Alte Schützenstr. 1 die Wallanlage. Ferner hatte die Wehr in der Blumenstr. 5, Fürstenwalderstr. 7 und anderen Orten zu tun.

Der in Parteikreisen räumlichst bekannte Gesangsverein Kreuzberger Harmonie veranstaltet nächsten Sonntag ein Konzert in der Brauerei Friedrichshain unter Mitwirkung des 30 Mann starken neuen Tonkünstler-Orchesters. Wir können den Besuch dieses Konzerts allen Musikfreunden empfehlen. Siehe Annonce.

Theater. Zu den am Vortag, Mittwoch, den 16. d. M., in den beiden Schiller-Theatern stattfindenden geistlichen Konzerten sind Blätter an den beiden Theaterläsen, sowie in den Warenhäusern von A. Wertheim zu haben. Im Schiller-Theater O. wird Händels Oratorium „Die Schöpfung“ aufgeführt; im Schiller-Theater N. wird der Märkische Zentral-Sängerbund konzertieren, außerdem werden wieder ersten Inhabler durch Solofraße vorgelesen. — Im Schiller-Theater O. wird in der nächsten Woche (Donnerstag, den 24. November) zum erstenmal „Wallensteins Tod“ in Szene gehen. Die Direktion wird die Einrichtung treffen, daß alle Aktenanten, bevor ihnen der letzte Teil der Wallenstein-Trilogie geboten wird, vorher den ersten Teil („Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“) gesehen haben. — Lessing-Theater. In der morgigen Aufführung der Frau vom Meere“ nimmt Irene Friedl, vom Umland zurückgekehrt, ihre Tätigkeit wieder auf. In Max Drevers Schauspiel „Die Siebzehnjährigen“, deren erste Aufführungen am Sonntag, Montag und Dienstag stattfanden, wirken die Damen Elise Lehmann, Käthe Pöhlisch, Elie Schiff und die Herren Albert Bassermann, Oscar Lucas, Albert Patry, Paul Pauli und Kurt Stieker mit. — Am Mittwoch findet im Zentral-Theater ein großes Vortagskonzert statt. Der Beginn desselben ist auf 7 Uhr festgesetzt. Es wirken hierin mit: Die königliche Hofopernsängerin Marie Göke und der berühmte Violinvirtuose Alexander Pettschnikoff und die Opernsängerinnen Frau Emmy Raabe-Burg und Frä. Gusti Förster. — Die Vortagskonzerte im Thalia-Theater und Bellealliance-Theater beginnen um 8 Uhr. — Im Thalia-Theater wird nach Genehmigung des Herrn Generalintendanten der I. u. L. Kammer-sänger Franz Rabal singen; hierzu tritt Frau Professor Nidlah-Kempner und der Hofkapellmeister Heinrich Gränfeld. — Im Belle-Alliance-Theater ist der Kammerjägerin Fräulein Ida Hiedler ebenfalls die Mitwirkung gestattet worden. Außer dieser Künstlerin begegnen wir dem Tenoristen Nikolaus Rothmühl, der Hof-Opernsängerin Raemie Frieberg aus Stockholm und dem Violinvirtuosen Herrn Alfred Wittenberg.

Der Turnverein Fichte hat vorgestern in der Brauerei Friedrichshain ein Künstlerkonzert veranstaltet und damit von neuem den Beweis geliefert, daß die Regierung Recht hatte, ihm sein sozialdemokratisches Turnen zu verbieten. Denn es ist nun überhaupt einmal eine bedeutende Sache, wenn sozialdemokratische Arbeiter sich künstlerisch betätigen. Am Karsten hat feierlich der preussische Minister Herr v. Müller erklärt, daß eigentlich alles, was Sozialdemokraten unternehmen, ihre revolutionären Ziele fördert, und daher handelte diese Leute preussischer Staatsweisheit konsequent, als sie der freien Volksschule durch Verbot die Möglichkeit nahmen, ihren Mitgliedern Schiller oder Goethe auf der Bühne vorzuführen. Wenn dem Turnverein Fichte heute dank der Fürsorge unserer Regierung nur die Möglichkeit genommen ist, in städtischen Schulräumen den Kindern sozialdemokratische Vortagskonzerte betzubringen, so war das ein Zeichen

besonderer Milde, die eigentlich unverantwortlich ist. Dem Arbeiterpublikum, das sich zahlreich versammelt hatte, wurde Gluck, Weber und Mendelssohn durch das Berliner Sinfonie-Orchester näher gebracht, wohingegen Herr Laurence aus dem Walde der deutschen Volksliedersammlung darbot. Das alles weckt die Begehrlichkeit, reizt den Arbeiter und nicht minder die Arbeiterin, sich über die Dede des Alltagsdaseins zu erheben und damit liegt die Förderung staatsfeindlichen Trachtens klar zutage. Einem Verein mit solchen Bestrebungen geschieht nur Recht, wenn ihm von oben herab das Leben so sauer wie möglich gemacht wird. Schade, schade, daß solche vorübergehende Maßnahmen der Regierung so wenig Erfolg haben.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Das im Februar d. J. von der Stadtverordneten-Versammlung für ungültig erklärte Mandat unseres Genossen Voller-mann (im 7. Bezirk) ist am Montag von dem Bezirksauschuss in Potsdam für gültig erklärt worden.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück wurde, so telegraphiert man aus New York, bei Grainger (Wisconsin) durch den Irrtum eines Telegraphisten verursacht. Er ließ einen auf einem Nebengleise stehenden Güterzug zu früh abgehen und führte dadurch einen Zusammenstoß mit einem Schnellzug herbei. Beide Züge fuhren mit einer Geschwindigkeit von 45 englischen Meilen in der Stunde. Als sich der Zusammenstoß ereignete, lagen die Passagiere im Schlaf. Bei dem Unglück wurden 20 Personen getötet und 30 verletzt, darunter sämtliche Zugbeamten. Die unbewundeten und verwundeten Passagiere konnten sich, ohne das weitere Unglück geschah, aus den in Brand geratenen Eisenbahnwagen retten. Als der Telegraphist erfuhr, was für Unglück er durch seine Unachtsamkeit angerichtet hatte, beging er Selbstmord.

Einkurz einer Brücke. Die zu Wienburg im Bau begriffene eiserne Fußgängerbrücke über die Weser ist, wie die „Garze“ meldet, infolge Anrennens eines Schleppzuges Sonntag mittig zusammen gestürzt. Das eingeschleppte Schiff wurde led und sank. Personen sind nicht verletzt worden, dagegen ist die Schiffsahrt bis auf weiteres gestört.

Zum Verschwinden des Pastors Kreudler aus Celle, der, wie wir meldeben, unter Zurücklassung seiner Familie in Begleitung eines jungen Mädchens heimlich die Stadt verlassen hat, wird gemeldet, daß das ungleiche Liebespaar bereits glücklich in New York gelandet sein soll. Inzwischen hat das Konsistorium das Disziplinarverfahren gegen Kreudler wegen seiner unerlaubten Entfernung eingeleitet und seine vorläufige Amtsenthebung ausgesprochen. Ferner ist über das Vermögen des Flüchtigen der Konkurs eröffnet worden. Wie verlautet, soll er etwa 30 000 M. Schulden hinterlassen haben.

Gestern vormittag stieß auf dem Rangierbahnhof Landshut ein von Regensburg einfahrender Güterzug mit einer Rangiermaschine zusammen. Fast sämtliche 16 Wagen wurden aus dem Gleise geworfen; 6 Wagen wurden zertrümmert, die Rangiermaschine wurde quer über das Gleise geworfen. Das Jugpersonal konnte abspringen; zwei Mann wurden leicht verletzt. Der Zusammenstoß ist durch falsche Weichenstellung verursacht worden.

Irresinniger Bombenattentäter. Die Polizei in Marseille verhaftete einen Irresinnigen, der sich als der Urheber eines Bombenattentates vor dem Gebäude der Firma Savan entpuppte. Er wurde verhaftet, als er in der Kirche die Konzal besitzte und sich als Christus ausgab. Er war bereits früher in einer Irrenanstalt, war aber kürzlich entlassen worden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist soeben das 7. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Neubalms und Sozialismus. Die Marx-Studien. I. Von Max Zetterbaum. — Der Jungglaube in der Literatur. Von Bernh. Schillbach. — Ist die Bismarckpolitik aufgelist? Von Otto Hue. — Die Wahlsysteme der deutschen Einzelstaaten. Von Hans Marquand. — Literarische Rundschau: Hermann Hesse, Peter Camenzind. Von Franz Diederich. — Dr. Julius Bacher, Staatslexikon. Von E. W. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postreure zum Preise von 1,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Preisnummern stellen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterkassen (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist uns soeben die Nr. 24 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Wohnungsfrage, Wohnungskongreß und Sozialdemokratie. Von L. r. — Das gemeinliche Koalitionsrecht. — Zur Geschichte der Blumen- und Blattfabrikation in Schwab. Von Lulle Bley. — Aus der Bewegung: Neulichten: Geschichte von Goethe. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pfg., unter Kreuzband 35 Pfg.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 24. Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. Derselbe enthält eine gute Wiedergabe des kürzlich in Berlin (Schnee) errichteten Herwegh-Denkmal mit einem Artikel dazu aus der Feder Robert Seibels, der bei der Entfaltung des Denkmals die Weibereide hielt. Sodann bringt die Nummer die farbigen Bilder „Der Kampf in und um Lappe“ und „Preußens starke Hand“, sowie die Illustrationen „Der praktische Engländer“, „Vorturner Japan“, „Die Verletzung des heiligen Antonius“, „Die Strafe“, „Aus dem russischen Staatsleben“ und „Im Konzert der Großmädche“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Der arme Mann“, „Eine Heldentat“ von Erich Mühsam, „Proletariats-Heldenlaufbahn“ von Robert Seibel, Winterjaht von Clara Müller, „Die Göttinger Stetten“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Berliner Straßenleben“, „Ironianprüche“, „Monarch gesucht“ und „Von der holländischen Flotte“ (Illustriert). Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Zehnarrest. 1. und 2. Ja. — P. 23. 123. 1. und 2. Sie sind zahlungs-pflichtig, können aber bei der Steuerdeputation unter Darlegung Ihrer Beschaffenheit um Erlass oder Stundung einkommen. 3. Ja. 4. Im Offenbarungsbuch haben Sie eiblich Ihr Vermögen anzugeben. Zum Vermögen gehören auch Ihre Forderungen, einschließlich der Lohnforderung. —

Wasserstand am 12. November. Elbe bei Ruffig + 0,50 Meter, bei Dresden — 1,48 Meter, bei Magdeburg + 0,79 Meter. — Unkrut bei Straußfurt + 2,00 Meter. — Dder bei Kahlor + 3,02 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 5,30 Meter, bei Dresden Unter-Regel + 0,10 Meter, bei Frankfurt + 1,38 Meter. — Weichsel bei Traubmünde + 2,82 Meter. — Warthe bei Posen + 0,22 Meter. Rhe bei Wlq + 0,89 Meter.

Witterungsübersicht vom 14. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. hoch u. nied.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. g. u. n.	Stationen	Barometerr. hoch u. nied.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. g. u. n.
Swinemünde	780	SW	2	wolkig	1	Saparanda	765	SW	8	Schnee	-1
Hamburg	780	SW	2	wolkig	3	Belersburg	781	SW	1	wolkig	-8
Berlin	781	SW	2	wolkig	0	Corf	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	780	R	2	halb b.	8	Norden	773	SW	2	wolkig	10
München	779	D	4	wolkig	-2	Paris	775	ND	2	wolkig	1
Wien	782	R	2	wolkig	-8	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. November 1901. Ein wenig nasser, nordigend neblig oder wolkig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Partei-Versammlungen

Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr:

- I. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.**
Tages-Ordnung:
Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute, der Pres-, Lokal- und Agitationskommission.
- II. Wahlkreis: Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Rich. Fischer** über: „Neue Partei-Taktik“. 3. Diskussion.
- III. Wahlkreis: Vogts Ritter-Säle, Ritterstr. 75.**
Tages-Ordnung:
Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute, der Pres-, Lokal- und Agitationskommission.
- IV. Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute und Revisoren. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Paul Singer** über: „Die kommende Reichstags-Session“. 3. Diskussion.
- V. Wahlkreis: Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Rob. Schmidt** über: „Volksschule und Volksbildung“. 3. Diskussion. 4. Partei-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.
- VI. Wahlkreis: Eiskeller, Chausseest. 88.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **H. Molkenbuhr** über: „Die Totengräber der kapitalistischen Produktion“. 3. Diskussion.

Die Vertrauensleute.

Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr:

3 Volks-Versammlungen

im Hofjäger, Hasenheide 52
im Glymum, Landsberger Allee 40/41 und
in Neu-Weißensee im Prälaten, Lehderstr. 122.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter.
Referenten: Frau **Dr. David** (Mainz), Frä. **Ida Altmann** und **Heinrich Stühmer**, Vorsitzender des Schneiderverbandes.
Bei zahlreichem Besuch laden ein
Die Einberufer.
Ueber dasselbe Thema sprechen am 18. November: Frau **Dr. Marie Hoffmann** im „Schmidt-Gesellschaftshaus“, Gartenstr. 6; am 21. November: Frau **Dr. David** im „Schneiders Salon“, Bellerstr. 15; am 23. November: Fräulein **Else Lüdgers** im „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“ und **Simon Katzenstein** im „Weddinghaus“, Wüllerstr. 7; am 25. November: Frau **Dr. David** im „Habels Brauerei“ und **Simon Katzenstein** im „Marienbad“, Bahstr. 35/36.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr:



außerordentl. Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen: Keller, Koppenstraße.
Lipp's, Bauerei Friedrichshain. Niems Festhale, Hasenheide. Eiskeller, Chausseestraße.

Tages-Ordnung:

Die gegentwärtige Aussperrung in der Holz-Industrie.

Referenten: **Gyner, Glöck, Leopold, Stusche.**

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder aller Branchen dringend notwendig.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festhale, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Klavierarbeiterstreik und die Aussperrung der Tischler. 2. Die am 10. November beschlossene Beitragserhöhung. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Wünscht eines jeden im Holzarbeiter-Verbande organisierten Musikinstrumenten-Arbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch oder Streikarte legitimiert.
Die Branchen-Kommission.

Achtung! Putzer! Achtung!

Die in diesem Monat fälligen Bezirks-Versammlungen finden ohne Ausnahme am **Mittwoch (Bußtag), den 16. November, vormittags 10 Uhr**, in den bestimmten Lokalen statt.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Die Obleute. S. K.: **H. Neumann.**

Damen-Paletots.
Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchenparden, gut u. viel billiger in der Fabrik von **Engen Jacobi**, Charlottenburg, Berlinerstraße 95, 1. (Rein Laden.) Gedr. Auswahl.
Verantw. Redakteur: **Fr. H. Büttner**, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glöck**, Berlin. Druck u. Verlag: **Vormwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co.**, Berlin SW.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Mittwoch, den 16. November, vormitt. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal III), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung der Sektion der Fliesenleger des Zentralverbandes der Maurer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Georg Wolf** über: Unsere Stellungnahme zum Ablauf des jetzt bestehenden Fliesenleger-Vertrages.
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Das Thema muß zweifellos bei jedem im Fliesenleger-Beruf beschäftigten Kollegen das größte Interesse erwecken, um in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Sektions-Vorstand. S. K.: **Fritz Rabe.**

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin.

Morgen Mittwoch, den 16. November (Bußtag), abends 7 Uhr, in Feuerzeugs Festhale, Alte Jakobstraße 75:

Die größte Sünde.

Von **Otto Ernst**, 282/2
Rezitations-Vortrag des Herrn **Emil Walkotte**.
„Plattdeutsche Lieder“, gesungen von Frau **M. Walkotte**.
Nachdem: **Tanz-Kränzchen**. Eintrittskarten a 30 Pf. bei den Mitgliedern.
Nächste Sitzung Mittwoch, den 30. Nov., abends 8 1/2 Uhr in obigem Lokal.
Hochreichem Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Mk. 290000 Mk.

Auf 20 Lose 1 Gewinn!
Am 28. November u. folgende Tage.
Endgültig Ziehung der **Düsseldorfer Lotterie**
Haupttreffer:
40000 Mk.
20000 Mk.
10000 Mk.
25 000 Gewinne mit 170 000 Mark Wert.
Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.

Auf 11 Lose 1 Gewinn!
Vom 10.-17. Dezember cr.:
Endgültig Ziehung der **St. Rochus-Lotterie**.
Haupttreffer:
30000 Mk.
10000 Mk.
5000 Mk.
15 379 Gewinne mit 120 000 Mark Wert.
Lose à 2 Mk., 11 Lose 20 Mk.

Günstige Offerte: 5 Ausstellungs- und 3 Rochuslose Mk. 10.
Porto 10 u. jede Liste 20 Pfg. (Nachnahme 20 Pfg. teurer).

Original-Lose empfiehlt: **Ferd. Schäfer, Düsseldorf**
Lose in Berlin zu haben bei:
Generaly. **K. v. Holwede**, Seestr. 65, **H. Kron**, Alexanderstr. 54,
Julius Hahle, Unter d. Linden 13, **R. Schumacher**, Königstr. 59,
J. Miosowski, Unter d. Linden 61, **E. Meyer jr.**, Stralauerstr. 54,
F. W. Scheuermann, Kommandantenstr. 1-2, **E. Lange**, Potsdamerstrasse 131, **H. Brehmer**, Lübeckerstr. 2, **R. Danje**, Brunnenstr. 170.

Verlangen Sie ausdrücklich den so vorzüglich schmeckenden **Dänischen Anker-Kautabak**.
Gibt nur, wenn in jedem Stück - Schleißen oder Rollen - der Firmenzettel mit Anker liegt. Nachgeahmten Tabak ohne Zettel weißt man zurück. Zu beziehen für Wiederverkäufer nur durch **4462* Carl Röver**, Berlin, Grüner Weg 112, Amt VII, 3861.
Sämtl. Schnupf- u. Rauchtabake, Nordh. Kautabak - en gros.
Josetti, Garbáty- u. a. Cigaretten zu Original-Preisen.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)

Am 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Neue Hofstraße 18:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates, Vorlegung der Bilanz und Beschlußfassung über dieselbe.
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
3. Bericht über die Revision des gerichtlichen Bücherrevisors.
4. Neuwahlen. 127/18
5. Statutenänderungen.
6. Einträge und Verschiedenes.
Die Bilanz liegt den Mitgliedern im Kontor, Neue Hofstraße 18, zur Einsicht aus.
Der Vorstand.
Franz Schorsch, **Paul Lenz**.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Donnerstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, in Felde's Lokal, Weinstr. 11:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl zweier auscheidender Vorstandsmitglieder. 2. Festlegung des Gehalts der Angestellten. 3. Wahl des Revidenten. 4. Wahl des Rechnungs-Prüfungsausschusses für 1901. 5. Statutenänderung. 6. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Delegierten ersucht
Der Vorstand.

Eine Mark

möglichste Teilzahlung liefert eleg. fertige **Herren-Moden**.
Bestellungen n. Maß, tadell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung**.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1. I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

3 Mark

9 Sort. Sage u. schreibe: 8 Nohn. 8 Verp. 8 Frei.
ca. 20-30 marin. 8 Ger. ca. 25-30 Kollump. (od. 1 Dol. Dienstl.) 2 Pfd. Garbeller. 1 Dol. Anthon. 1 1/2 Dol. Buch a. 60 Stück: Braubr. Bäckl. u. Spr. u. 1 ganzr. fett. Aal. 102/4*
Degeners Konfektfabr. v. 1881, Schwennstraße D. 203.
Auf Wunsch lief. dazu: 1 Dol. ff. Colonial a 1/2 R., 1 Dol. ff. Hummer a 1 R., 1/2 Pf. ff. Lachs u. 1 Df. Delfard 1/2 R. 1 Dos. N. Kaviar 75 Pf.

Vertrauen

muss jede Hausfrau einem Nahrungs- und Genussmittel entgegenbringen, dessen Güte amtlich durch Verleihung der Königl. Preuss. Staatsmedaille anerkannt worden ist. Diese Auszeichnung ist allein unter allen Margarine-Fabriken nur der

MOHRA

-Margarine-Fabrik zutell geworden. MOHRA wird aus feinsten Fetten, Milch und Sahne hergestellt, wie Naturbutter auf Brot gegessen und ist zum Kochen, Braten und Backen unentbehrlich.
Überall käuflich.
Man verlange nur MOHRA-Margarine.

Kränze

für das Totenfest

liefern billig und schön die streikenden Blumenarbeiter Mecklenburg.

10492 Verkauf **Schönhäuser Allee 78 u. 135.**

Die Kreisversammlung für den Kreis Teltow-Heeskow-Storkow-Charlottenburg

wurde am Sonntag um 12 Uhr in Tempelhof im Tempelhofer Tivoli eröffnet. Das Bureau bildeten die Genossen Stiffen-

Den Bericht der Vertrauensleute erstattete Voeste-Rixdorf. Einleitend bemerkte er, es sei ein unzulässiger Zustand, daß neben den eigentlichen Vertrauenspersonen des Kreises, dem Vorstande des Zentralwahlvereins, noch besondere in öffentlicher Versammlung gewählte Vertrauensleute vorhanden seien, um die Verbindung mit den Berliner Wahlkreisen aufrecht zu erhalten.

Zur Tätigkeit der Vertrauensleute übergehend erwähnte Redner die Beschlüsse über die einheitliche Ausgestaltung der Parteiführer für Groß-Berlin, die Einheitsliste der Beiträge für die Wahlvereine, ebenso den einheitlichen Preis für die März-Zeitung. Gut bewährt hat sich das mit den Gewerkschaften getroffene Abkommen, bestimmte Tage für die Gewerkschaften und andere für die Partei freizulassen.

Beim Streit der Wähler haben die Vertrauensleute die Verbreitung des Wählerflugblattes zu übernehmen beschlossen, dagegen von der Verhängung eines Boykotts absehen zu müssen geblieben.

Bezüglich des „Neuen Montagablatte“, das der Genosse Eduard Berner in herausgibt, wurde in gemeinsamer Sitzung mit dem Parteivorstand beschlossen, Berner keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Die Frage der Übernahme der Partei-Expeditionen in eigene Regie ist vorläufig noch vertagt, und die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Parteipostleute ist den einzelnen Kreisen überlassen.

Weiter hat sich die Körperschaft der Vertrauensleute mit dem Amsterdamer und dem Bremer Kongress beschäftigt; die Protokolle vom letzten sollen zu einem einheitlichen Preis in Groß-Berlin abgegeben werden.

Bei der Gewerbegerichtswahl hat sich leider keine Einigung zwischen den lokal- und zentralorganisierten Gewerkschaften erzielen lassen. In dem Streit selbst müssen die Vertrauensleute neutral sein, die Form der Organisation müssen die Gewerkschaften selbst regeln; doch haben die Vertrauensleute alle Veranlassung, dahin zu streben, daß die verwerfliche Jesplitterung im Gewerkschaftsleben ebenso beseitigt wird, wie im politischen Leben.

Den Frauen haben die Vertrauensleute geraten, ihre Angelegenheiten mit immer größerer Selbständigkeit zu behandeln. In gemeinsamer Sitzung mit dem Parteivorstand ist die Abhaltung einer Parteikonferenz für Preußen, wie sie auch in anderen Bundesstaaten stattfindet, zwischen Weihnachten und Neujahr beschlossen worden, wo der Wohnungsgesetzentwurf, die Schulfrage, die Wahlrechtsanträge usw. besprochen werden sollen.

Schließlich haben wir uns auch mit der Agitation für den „Vorwärts“ beschäftigt. Galt es vor der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Kreise Teltow-Heeskow bei der letzten Reichstagswahl, über 72 000, die geringe Zahl der politisch Organisierten und der Leser des „Vorwärts“ gegenüber, so sehen wir, wie viel uns noch im Kreise zu tun übrig bleibt. (Beifall.)

Es folgte der Bericht der weiblichen Kreisleiter, Vertrauensperson, Frau Thiel-Tempelhof. Es sind drei Vertrauenspersonen vorhanden in Köpenick, Adlershof, Johannisbald-Nieder-Schönebeck, Dreptow-Baumtschulenweg, Weich, Rixdorf, Steglitz, Friedmann, Wilmersdorf, wozu die Kreisvertrauensperson in Tempelhof kommt. Im Berichtsjahr wurden 7 öffentliche Versammlungen, 2 gegen den Steuerzoll und 5 für freien Vereins- und Versammlungsdienst abgehalten; ferner haben 13 Kreisführungen der Vertrauenspersonen stattgefunden. Der Kassenbericht weist einschließlich des Ueberschusses vom Vorjahr, im Betrage von 4,42 Mk., eine Einnahme von 494,97 Mk. und eine Ausgabe von 494,12 Mk. auf, so daß ein Bestand von 0,85 Mk. verbleibt. Im ganzen schreibt die Frauenbewegung im Kreise fort, natürlich nur mit der Unterstützung der Männer. Die Agitation unter den Frauen ist sehr schwer, aber sie ist notwendig. Mit der Befreiung der Mütter zum Sozialismus gewinnen wir auch leichter die Jugend und werden um so leichter zum Ziele gelangen. (Beifall.)

Zur Vertrauensperson für das nächste Jahr wird wiederum Frau Thiel-Tempelhof gewählt, zu Vertrauensleuten Hirsch-Charlottenburg und Voeste-Rixdorf.

Um 1 Uhr wird die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins für den Kreis Teltow-Heeskow-Storkow-Charlottenburg

wurde am Sonntag um 2 Uhr in Tempelhof im Tempelhofer Tivoli von dem ersten Vorsitzenden, Genossen Hirsch-Charlottenburg, eröffnet.

Vertreten waren die Wahlvereine von 83 Orten durch 84 Delegierte. Dazu kamen 13 Funktionäre des Kreises. Anherdem waren die Delegierten zum Vanner Parteitag, Müller-Charlottenburg und Conrad-Rixdorf eingeladen, von denen der letztere nicht erschienen war. Nicht vertreten war der Wahlverein von Markgrafpleße. Für die Redaktion des „Vorwärts“ war Genosse Schröder anwesend.

Den Vorstandsbericht

erstattete Genosse Hirsch. Derselbe liegt zum erstenmal gedruckt vor, so daß darauf verwiesen werden kann. Leider war er nicht so zeitig heranzustellen, daß er den einzelnen Vereinen hätte zugestellt werden können; die Schuld trifft die Vereine selbst, denn vor acht Tagen lagen noch nicht einmal die Berichte sämtlicher Vereine vor. Der Vorstand hielt 20 Sitzungen, zum Teil mit den Funktionären ab; in Zukunft soll monatlich eine Sitzung gemeinsam mit den Funktionären stattfinden.

Wiederholt sind ungeschiele Verhaftungen einzelner Genossen beim Verbreiten von Flugblättern vorgekommen. Der Vorstand hat die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen vervielfältigen lassen und ist gern bereit, auch der Gendarmerie einige Exemplare derselben zugehen zu lassen.

Gemeindevorsteher haben wir in 15 Orten des Kreises, und zwar 70, wozu nach dem 1. Oktober noch ein in Köpenick gekommen ist. Die Zahl der Wahlvereine ist von 32 auf 34 gestiegen, die Zahl der Mitglieder dieser Vereine von 8300 auf 10 112. Ebenso ist die Zahl der Abkommen des „Vorwärts“ auf etwa 13 000 gestiegen. An der Steigerung sind leider nicht alle Vereine in gleichem Maße beteiligt, einzelne Vereine weisen sogar einen Rückgang in der Mitgliederzahl auf. Der Vorstand beabsichtigt in allen Orten mit Wahlvereinen Vortragszyklen über unser Programm zu veranstalten.

Den Kassenbericht

erteilt Eberhardt. Die gesamten Einnahmen des Kreises betragen sich einschließlich des Bestandes vom 1. Oktober 1903 im Betrage von 22 293,52 Mk. auf 61 655,00 Mk.; die reinen Einnahmen also auf 39 361,48 Mk. gegenüber 35 864,26 Mk. im vorigen Jahre. Die Ausgaben betragen 38 907,49 Mk., so daß am 1. Oktober 1904 ein Bestand von 22 608,11 Mk. verbleibt.

Unter den Ausgaben sind besonders die für die Landtagswahlen zu bemerken; die Agitation hierfür erforderte 11 012,72 Mk., während nur 4504,30 Mk. eingingen, so daß ein Defizit von 7408,42 Mk. verblieb. Zur Landtagswahl hat uns besondere Agitationsjour statt-

gefunden; das verbreitete Material bestand aus 307 000 Flugblättern, 120 000 Broschüren, 12 000 Handzetteln, 20 000 Stimmzetteln, 13 000 sonstigen Drucksachen. Zur Verbreitung des Materials und am Wahltag haben circa 1800 Genossen im Kreise gearbeitet; die Zahl unserer Wahlmänner betrug circa 600. Versammlungen wurden 62 abgehalten, und zwar 57 in Orten mit Wahlvereinen, 5 im übrigen Bezirk.

Dem Beschluß, halbjährlich eine Broschüre für die Mitglieder der Wahlvereine herauszugeben, ist der Vorstand dadurch nachgekommen, daß er die Statistik des Kreises, die um 40 Pf. pro Exemplar kostet, für 25 Pf. abgab, und das Protokoll des Bremer Parteitages, das in der Buchhandlung 70 Pf. kostet, für 10 Pf.

Leider haben bei den sieben Zusammenkünften, welche die Vereine im Laufe des Jahres hatten, mehrere Orte gefehlt, Markgrafpleße, das auch heute nicht vertreten ist, fünfmal, Groß-Beeren und Reichendorf viermal, Trebbin und Neu-Zittau zweimal, Groß-Beeten, Alt-Glienitz, Jernsdorf je einmal.

Trotz der großen Ausgaben, welche speziell die Landtagswahl verursachte, sind die Kassenverhältnisse als günstig zu bezeichnen, und ruft die Erinnerung an die Zeit vor 10 Jahren wach, als ich die Kasse mit einem Barbestand von 83,05 Mk. und 3000 Mk. Schulden von der 1893er Reichstagswahl übernahm. Unsere Zentralisation, deren Gedanke von Charlottenburg ausgegangen ist, hat sich durchaus bewährt, und die Entwicklung wird hoffentlich weiter eine aufsteigende sein.

Der günstige Kassenbestand veranlaßt den Vorstand, Ihnen den Antrag zu unterbreiten, an die Parteikasse in Berlin 5000 Mk. abzuführen und unsre laufenden Monatsbeiträge an die Parteikasse von 100 Mk. auf 250 Mk. zu erhöhen. (Beifalliges Bravo.)

In der Diskussion fragt Hoffmann-Baumtschulenweg an, warum der Verein Rittenwalde mit 30 Mitgliedern gänzlich verschwunden ist.

Wollermann-Schöneberg wünscht eine größere Spezialisierung besonders des Kassenberichts. Jetzt müsse man sich u. a. erst herausrechnen, daß die gesamte Einnahme, mit der im Kreise gearbeitet und von der ein Teil unmittelbar von den örtlichen Vereinen verbraucht worden sei, 82 547,57 Mk. betragen habe. Ferner vermisste er eine Abrechnung der Gelder, die für Crumfchau eingekommen sind, sowie die Abrechnung des Kreisfestes. Die Zunahme der Mitglieder bleibe hinter seinen Erwartungen von mindestens 12 000 zurück. Im Kreise sind nur 13 1/2 Prozent unserer Wähler organisiert, gegen 18 Prozent in Berlin VI. (Ruf: Das ist ein in sich geschlossener Kreis.) 14 Orte im Kreise bleiben noch unter diesem Durchschnitt, 5 Orte sogar unter 10 Prozent, nämlich Nieder-Schönebeck mit 7 Prozent, Groß-Beeren und Trebbin mit 8 Prozent, Womlee mit 9 Prozent und ebenfalls mit 9 Prozent unsere größte Stadt, Charlottenburg. Hier muß entschieden intensiver gearbeitet werden.

Zubeil: Wollermanns Wunsch nach größerer Spezialisierung wird im nächsten Jahre jedenfalls Rechnung getragen werden.

Vom Fortschritt der Mitgliederzahl bin ich betrieblig, nach einer Wahlperiode pflegt ein Rückgang, mindestens ein Stillstand einzutreten.

Grundwald-Friedmann: Der Bericht müßte so früh hergestellt werden, daß er in den einzelnen Orten beraten werden konnte. Doch in unserem Kreis nur 100-150 Abkommen der „Neuen Zeit“ vorhanden sind, ist ein Mißstand, dem der Vorstand seine Aufmerksamkeit zuwenden muß. Weiter frage ich, ist es nicht zu erreichen, daß der Kreis als solcher zu den Parteitagen Stellung nimmt?

Hirsch: Eine Art Agitationschrift, wie Grundwald meint, soll der Bericht nicht sein, sondern lediglich zur Information der Delegierten dienen. Allerdings kann er noch erweitert werden. Die Verwendung der Fragebogen geschah am 8. Oktober, also vor sechs Wochen. Grundwalds Hinweis auf die Eisenbahn, mittels deren wir die Berichte einholen sollen, kann kaum ernsthaft genommen werden. Was die Anregung der Stellungnahme zum Parteitag betrifft, so ist dies früher öfter auf unsere Tagesordnung gesetzt, von der Generalversammlung aber abgesehen worden. Deshalb haben wir es heute nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt, zumal schon acht Wochen seit dem Parteitag verlossen sind. Daß die „Neue Zeit“ nicht stärker gelesen wird, bedauern auch wir, wie im Berichte zum Ausdruck gebracht ist, können es aber leider nicht ändern.

Eberhardt: Von den Geldern für Crumfchau habe ich 3500 Mk. abgeliefert, doch stehen noch 40 Listen aus. Ebenso stehen vom Kreisfest noch 420 Billets aus; bis jetzt hat es einen Überschuß von 628,98 Mk. gebracht.

Die Anträge des Vorstandes, der Parteikasse 5000 Mk. zu überweisen und den laufenden Monatsbeitrag von 100 auf 250 Mk. zu erhöhen, werden einstimmig angenommen. Es folgt der

Bericht des Mitgliedes der Agitationskommission.

Fischer: Ich kann über die Tätigkeit der Kommission auf den ausführlichen Bericht verweisen, der auf der Provinzial-Konferenz gegeben ist. Ich bemerke noch, daß dort eine Kommission von 26 Mitgliedern eingesetzt ist, um über die Schaffung einer festeren Organisation für die ganze Provinz zu beraten. Doch glaube ich, daß vorläufig nichts dabei herauskommen wird, weil die Aenderung der Organisation der gesamten Partei noch in der Schwebe ist, und weil mehrere Kreise, speziell auch die Berliner, eine Aenderung des bestehenden Zustandes nicht wünschen. Bemerken will ich noch, daß der Beschluß der Provinzial-Konferenz, für die „Brandenburger Zeitung“ eine Prekominmission zu schaffen, in der die einzelnen Kreise vertreten sind, in Brandenburg auf Widerspruch gestoßen ist; die Angelegenheit ist noch nicht geregelt.

Zubeil: Die Agitationskommission hat, auch diesmal wieder einen Kalender zur Verbreitung auf dem Lande in ungefähr 300 000 Exemplaren herausgegeben. Das ist an sich ja sehr erfreulich. Vergleichen man aber den diesjährigen Kalender mit der „Fadel“ von 1903 und 1904, die auch in unserem Kreise verbreitet wird, so habe ich schon bei der ersten Durchsicht gefunden, daß sechs der größten Artikel des Kalenders und drei kleinere wörtlich aus der „Fadel“ entnommen sind. Für so rüchsiglich dürfen wir doch die ländliche Bevölkerung nicht halten, daß sie nicht zu beurteilen weiß, ob wir ihr dasselbe Material noch einmal bringen. Der Verfasser des Kalenders kennt, wie es scheint, die ländliche Bevölkerung sehr wenig. Dazu ist der Kalender uns so spät vorgelegt worden, daß wir ihn nicht mehr ablehnen können, weil keine Zeit mehr ist, einen besonderen für unseren Kreis herzustellen; doch müssen wir diese Unzulässigkeit für das nächste Jahr ans Licht ins Auge fassen, wenn keine Abhilfe geschieht. Ferner hat unsere vorige Generalversammlung einen Antrag auf Aenderung der Organisation der Agitationskommission angenommen. Anstatt aber die Kreise einzuberufen und mit ihnen gemeinsam hierüber zu beraten, hat man ein Schreiben an sie gerichtet, sie mögen die Beschwerden angeben, die sie über die Agitationskommission zu führen haben. Wir haben sehr viele solcher Beschwerden, aber es kam um nicht darauf an, diese vorzubringen, sondern die Agitationskommission zu erweitern. Ich wünsche, daß der Vorstand der Agitationskommission auf dies Schreiben eine energische Antwort erteilt und ihr klar macht, was sie zu tun hat.

Hoffmann-Rowales bittet die vor einigen Jahren herausgegebenen Referentenliste zu erneuern, die Referenten aber auch zu verpflichten, Aufforderungen zu Referaten Folge zu leisten.

Fischer: Der Anregung in Betreff des Kalenders wird im nächsten Jahre nachgekommen werden. Bezüglich des Zirkulars bemerke ich, daß ich mich dagegen gewendet habe, aber überstimmt worden bin. Hoffmanns Wunsch, die Referenten zu verpflichten, wird sich nicht erfüllen lassen.

Es folgt der

Bericht der Mitglieder der Prekominmission.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

1. In nächster Zeit ist eine Zusammenkunft der Prekominmission mit den Vertrauensleuten, der Geschäftsleitung des „Vorwärts“, dem Parteivorstand etc. abzuhalten, in der folgende Fragen zu prüfen sind:

- a) Ist eine Morgen- und Abend-Ausgabe am Plage?
b) Sind Wochen-Abonnements einzurichten?
c) Ist eine Extra-Beilage für die Vororte angemessen (im Falle Punkt a) abgelehnt wird)?
d) Ist die Frage der Partei-Expedition reif zur Ausführung?
e) Ist es nicht angängig, an Stelle der am Sonnabend ausfallenden täglichen Beilage eine Frauen-Beilage beizugeben?

2. Die juristische Sprechstunde ist fortgesetzt Schmerzenskind der Prekominmission und die darüber seit Jahren vorgebrachten Beschwerden sind berechtigt.

Ist dafür nicht ein Anwalt fest anzustellen zum Jahresgehalt von 5000-6000 Mk.

3. Die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ ist seitens der Prekominmission aufzufordern, für das gesamte Personal des „Vorwärts“ Gehaltslisten aufzustellen, nach denen bei Redakteuren, Korrektoren, Hausdienern etc. Anfangsgehalt, Zeitregel und Höhe der Zulagen festgestellt wird, damit die Beratungen über derartige Angelegenheiten nicht fortgesetzt die Zeit der Prekominmission in Anspruch nehmen.

Hoppe: Der Antrag 3 ist nicht von der Prekominmission gestellt, aber ich akzeptiere ihn. Es ist ganz unsehrlich, daß wir uns in jeder Sitzung mit Fragen wegen Gehaltserhöhung beschäftigen müssen. Wir haben 15 gemeinschaftliche Sitzungen mit der Geschäftsleitung abgehalten, in denen vielfache Beschwerden behandelt wurden, namentlich der Gewerkschaften, die sich bei Versammlungsberichten gegenüber der anderen Richtung, der lokalen resp. zentralen, benachteiligt glauben; wir sind bei diesem Streit völlig unparteiisch. Vollkommen berechtigt sind die Beschwerden bezüglich der juristischen Sprechstunde, die viel zu spät beginnt, weil die Anwälte, denen sie übertragen ist, in ihrer eigenen Sprechstunde sehr beschäftigt sind. Die vielfachen Beschwerden der Vororte sind ebenfalls berechtigt, wenn auch die einzelnen Redakteure kein Vorwort teilt; Rixdorf wollte bereits auf eigene Kosten eine Beilage drucken lassen und dem „Vorwärts“ belegen. Diesen Weg halte ich nicht für richtig, doch müssen alle angeregten Fragen in der von uns beantragten gemeinschaftlichen Sitzung erörtert und Abhilfe auf jeden Fall geschaffen werden. Auch die Agitation für den „Vorwärts“ ist nicht genügend; das letzte in 80 000 Exemplaren verbreitete Flugblatt hat nur etwa 800 bis 1000 Abonnenten gebracht. Charlottenburg mit 16 000 sozialdemokratischen Wählern hat nur ca. 2000 Abonnenten, ebenso Schöneberg mit 10 000 Wählern, Rixdorf, allerdings mit 17 000 Wahlstimmen, hat 3000 Abonnenten. Auf diesem Gebiete ist also noch sehr viel zu tun.

Zubeil: Ueber die Regelung der Gehaltsfrage will ich mich nicht verbreiten, da die Prekominmission mit dem Antrage einverstanden ist. Bezüglich der juristischen Sprechstunde muß eine Aenderung eintreten. Die Vororte haben ein gutes Recht auf stärkere Berücksichtigung. In unserem Kreise Teltow (Veeslow kommt nicht in Betracht) haben wir bei 500 000 Einwohnern 13 375 Abonnenten in der Parteipost und 1007 in privaten Expeditionen, zusammen 14 382. Berlin III hat bei 348 000 Einwohnern 5188 Abonnenten des „Vorwärts“, Berlin IV bei 467 000 Seelen 15 777 Abonnenten in der Parteipost. Der 6. Kreis hat mit 696 548 Seelen 20 182 Abonnenten in der Parteipost, der 5. Kreis dagegen nur 1390 bei über 200 000 Einwohnern. Also stehen wir in dieser Beziehung durchaus nicht schlecht da. Vergleichen wir aber unsere Rechte und unsere Berücksichtigung mit denen der Berliner, so kommen wir sehr schlecht weg. Mit unseren 16 000 Abonnenten können wir durchaus ein eigenes Blatt halten; das tun wir nicht, lediglich im Interesse der Partei. Berichte, die acht Tage alt sind, gehören überhaupt in den Papierkorb, nicht mehr in die Zeitung. Die kleinen Orte unseres Kreises stehen bezüglich der „Vorwärts“-Abonnenten besser da als die großen, Königs-Waldhagen z. B. hat 185, die südöstlichen Vororte zusammen 2127. Dem gegenüber müssen sich Charlottenburg mit 2636, Schöneberg mit 2167 schämen. Freilich, gegenüber dem Niederbarnimer Kreise, wo man den ungeringer als rüchsiglich bezeichnet, der aber überhaupt durch Partei- und Privatexpeditionen nur 6214 Exemplare des „Vorwärts“ bezieht, brauchen wir nicht zur Seite zu stehen.

Schröder (Redakteur des „Vorwärts“): Man darf gegenüber dem „Vorwärts“ zum Maßstab für die Vororte nicht die dort erscheinenden Tageszeitungen nehmen. Ueber die kommunalen Angelegenheiten der Vororte berichtet der „Vorwärts“ jetzt sehr schnell, und es erscheint fraglich, ob das bei selbst drei wöchentlichen Vorortbeilagen ebenfalls möglich sein wird. Eine Sonnabend-Beilage zu schaffen, die 1897 aus Sparmaßregeln fortgelassen wurde, bedarf es wohl nur der Anregung. Der Erfolg eines Flugblattes für den „Vorwärts“ darf nicht nach vier Wochen beurteilt werden, sondern nach ein, zwei oder drei Jahren. Seit der „Vorwärts“ im eigenen Betriebe hergestellt wird, hat er über 30 000 Abonnenten, mehr als die Hälfte des früheren Bestandes, gewonnen. Das ist für ein politisches Blatt ein Erfolg, dessen wir uns nicht zu schämen brauchen.

Die vorerwähnten drei Anträge werden auf Antrag Hoppe der Prekominmission und dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen; ebenso ein von Zubeil und Benzler unterzeichneter Antrag, der auch für die Angelegenheiten der Expedition die Festsetzung von Gehaltslisten verlangt.

Es folgt der

Bericht der Lokalkommission

seitens des Obmannes Schliebig: Die Genossen in Nieder-Schönebeck legen großen Wert darauf, das größte Lokal „Anfänger“ frei zu bekommen. Der Eigentümer, der bekannte Weerebesitzer Tismer, hat der Haase-Brauerei vertraglich unterlag, das Lokal zu Versammlungen der Arbeiter freizugeben. Aber im „Vorwärts“ empfiehlt er durch Inzertal seine Dampferei. Es wäre angebracht, wenn Gewerkschaften und andere Arbeitervereine sich mit dem Obmann der Lokalkommission in Verbindung setzten, ehe sie Löwenische Dampferei mieten. Herr Wendt in Schwabow hat sein Lokal zurückgezogen; es muß daher auch sein in Berlin am Königsgraben gelegenes Lokal als gesperrt betrachtet werden. Der von der Provinzialkonferenz an die Lokalkommission zurückgewiesene Antrag, den Kopf der Lokalliste zu streichen, kann nur zur Durchführung gelangen, wenn der Lokalkommission eine größere Selbständigkeit eingeräumt wird.

Es folgt der Antrag des Vorstandes, Eberhardt als

Parteiobmann

mit 2400 Mk. Jahresgehalt anzustellen. Hierzu beantragen Weich und Schmargendorf, diese Stellung öffentlich auszuschreiben, Schöneberg, das Anfangsgehalt auf 165 Mk. festzusetzen.

Fischer begründet den Antrag des Vorstandes mit dem großen Umfang der Geschäfte und der Notwendigkeit, genaue Akten zu führen. Eberhardt habe diese Arbeiten bereits zehn Jahre gegen ein geringes Entgelt geleistet, deshalb wäre es unerhört, jetzt, wo die Stelle bezahlt werden sollte, sie auszuschreiben. Aus demselben Grunde sei auch von dem in den Gewerkschaften üblichen Anfangsgehalt abzusehen.

Die Schaffung der Stelle wird einstimmig, das Gehalt von 2400 Mk. gegen 10 Stimmen angenommen; darauf wird Eberhardt einstimmig für die Stellung gewählt.

Es folgen Anträge. Der Verein Reichendorf beantragt, ein Mitglied zur Prekominmission der „Räthlichen Volksstimme“ in Forst zu wählen, die dieses bei 500 Leuten aufgenommen habe.

Der Antrag wird angenommen, gewählt wird Siebold-Reichendorf.

Zur Preußen-Konferenz schlägt der Vorstand vor, die Genossen Hirsch, Voeste, Zubeil und als Ersatzmann Wollermann zu delegieren.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 11. November etc. verstarb unser Mitglied Ferdinand Wegener. Kartenstraße 8. Ihre feierlichen Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, vom Philippus-Kirchhof, Wälderstr. 44/45, aus statt. 203/17 Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 12. November, der Genosse Karl Wunsch. Uhrmacher, Waldemarstr. 46, verstorben ist. 241/4 Ihre feierlichen Andenken! Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des alten Thomaskirchhofs, Hermannstr. 45, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands. (Zahlstelle Berlin und Umg.) Am Sonnabend verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied Anton Herodei. Ihre feierlichen Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Seitenend, Hirtensdammweg, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet 255/12 Der Vorstand.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin). Am Freitag verstarb nach längerem Leiden unser ehemaliger Kollege Ferdinand Wegener. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, vom Philippus-Kirchhof, Wälderstr. 44/45, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 69/18 Der Vorstand.

Verband der Graveure und Ciseleure etc. Filiale Berlin. Nach kurzem, schwerem Leiden starb am 12. November unser Kollege Gustav Lindner. Ihre feierlichen Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeindesriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 74/7 Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allen Kollegen und Freunden die tieftraurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Bohrer Hermann Thiele nach kurzem Krankenlager am 12. November plötzlich verstorben ist. 104/92 Um stille Teilnahme im Namen der Hinterbliebenen bittet Max Gädde. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, am dem neuen Naretheim-Kirchhof (Daldorfer Chaussee) statt.

Dr. Simmel, Prinz-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 3-4.

Dauftagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Paul Sasse. (Überreichen wir allen Bekannten und Verwandten sowie feinen Kollegen und dem Seelsorgerin „Süd-Ost II“ unseren herzlichsten Dank aus. 53/2 Familie Sasse.

Kraft-Rothwein für Blauame u. Kranke. feurig-süß. Hermann Günther. Straußbergerstr. 21 an der Gr. Frankfurterstr. CIGARETTEN-CIGARETTEN-TABAKE Beste Qualitäten. Preiswert.

Kranz- und Blumenbinderi von Robert Meyer, nur Mariannen-Str. 2. Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden etc. werden fein u. preiswert geliefert.

Dr. Möbbs, Uhren, Koppenstr. 82.

Leihhaus H. Graff. Berlin SW., Benthstr. 5. Brillanten, Uhren, Goldwaren, bedeutend unterm Ladenpreis.

Zuerst erschienen: Das Arbeiterrecht von Artur Stadthagen, Mitglied des Reichstags. 4. Auflage. Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben durch die Gesetzgebung eine erhebliche Umgestaltung erfahren. Eine historische Darstellung der gütigen Rechtsgesetze ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum wohl, was rechtens ist, das Arbeiterrecht von Artur Stadthagen bietet eine solche, von allen Fachleuten anerkannte, aber auch klare, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechts. Drei vollständig vergriffene Auflagen zeigen von der wachsenden Ansehensnahme dieses Buches durch die wertvolle Besprechung. Die jetzige 4. Auflage ist gründlich revidiert und verbessert worden, wodurch die Brauchbarkeit sich ganz wesentlich erhöht hat. Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Anwalt im Hause. Preis geb. 7 Mark. Auch in 25 Lieferungen à 30 Pf. Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden. * Kohlen * Vorkohlen, anerkannt beste Marken, Bienenformat, liefert jetzt noch ab Platz: Tausend von 6,75 Mark an. Bruch-Preßkohlen pro Str. 65 Pf. ab Platz. Handwagen vorr., außerdem billigt. Andere Brennmaterial, billigt berechn. A. Herrmanns Kohlenlager, Berlin O., Mühlentstr. 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis-Zimmer 34. Amt IV, 8353. Die Konferenz der Vertrauenspersonen für den Süden fällt des Buktages wegen am Mittwoch aus. Die Ortsverwaltung.

Nur 1,50 Mk. jede Uhr. bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutes (ohne Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großer Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remonteur, 10 Steine v. 18, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remonteur v. 50, Silberne Remonteur v. 9, Regulatour, Freischwinger, Wecker u. Wanduhren. Goldene Herren-Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr letzte 3 Jahre Garantie. 33971/1 Karl Lux, Uhrmacher, Chausseest. 34.

Joseph Cigaretten. Erstklassige deutsche Fabrikate.

Leihhaus H. Graff. Berlin SW., Benthstr. 5. Brillanten, Uhren, Goldwaren, bedeutend unterm Ladenpreis.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. (Brotware 6 St. 10 St.) Albrechts Bäckereien: Drangelstr. 135, Straucherstr. 19, Faldenkieferstr. 28, Langhägerstr. 2, Markthalle Bäckerei, Stand 232/23, Markthalle Bäckerei, Stand 16/18, Centrale: Vogthagenstr. 13.

Achtung! Uhren und Goldwaren. Tomic-Monzenhauer-Zithern zu sehr billigen Preisen. Ratenszahlung auf Wunsch gestattet. Jahre, Demmlerstr. 3 vorn 1 Treppe.

Warmes Zimmer. besser wie Stuben gibt. Buchen- und Eichenholz. Zu den billigsten Preisen liefert daselbst oberermeister die Holzhandlung W. Jonentz, Berlin Bärwaldstr. 65.

6. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 14. November 1904, samstags. Nur die Gewinne über 240 Mk. und den betragslosen Nummern in Klammern beigefügt. (Oben Gewinne.)

186 473 588 776 [500] 77 [500] 848 987 1006 217	229 656 841 45	118 102 82 600 88 891 119 008 239
325 594 619 [3000] 45 71 782 800 83 944 2148 241	313 21 26 421 1500, 537 69 667 727 800 28 83 944	120048 91 825 942 [500] 121128 87 333 56 441
[1000] 397 802 928 31 49 71 3115 99 944 728 47 918	42 86 606 122549 800 57 [500] 908 75 82 [500] 88	1230092 120 328 80 565 715 95 [500] 971 124 [500] 3 25
[500] 62 4608 68 244 303 617 702 829 68 71 90 843	500 761 98 814 949 125102 [500] 294 307 [1000] 18	500 761 98 814 949 125102 [500] 294 307 [1000] 18
5008 29 102 21 [500] 258 32 478 517 89 750 820 871	21 441 47 540 764 982 126109 150 64 207 48 589 500	[500] 800 963 127100 72 331 [500] 99 845 [3000] 683
[3000] 6048 65 139 [500] 90 345 [1000] 45 89 83 871	707 44 [500] 814 128114 63 [500] 74 [1000] 219 63	[500] 422 [500] 557 649 730 64 75 902 22 25 910 22
514 603 20 735 879 7009 22 226 94 303 70 89 552 78	[3000] 129076 101 300 429 35 620 702 [500] 833 80	[500] 129076 101 300 429 35 620 702 [500] 833 80
786 875 926 46 8071 [500] 248 449 71 587 734 [500]	130153 72 675 720 131010 78 204 361 460 [3000]	822 78 94 [500] 132075 315 [1000] 82 437 608
81 88 9059 129 372 588 615 55 779 [3000] 849 905	[1000] 704 813 16 941 67 [500] 133172 243 430 83	[500] 574 681 797 980 134092 389 468 574 604 6 58
95 1011 [1000] 45 136 336 414 [500] 78 544 63 651	[1000] 775 824 48 135023 [1000] 41 203 [500] 305	734 845 136177 [5000] 281 421 704 961 [1000] 73
95 706 [1000] 20 301 11026 62 273 717 61 12033 35	137254 [500] 429 530 69 614 830 54 138951 77 290	377 475 544 698 751 905 27 95 139092 139 65 89 471
44 151 89 278 311 401 84 590 [3000] 754 832 53 03	74 77 637 718 801 74 972	140021 222 80 362 519 687 740 632 [500] 632
13083 [3000] 244 309 435 540 646 [500] 858 633 [1000]	140170 128 84 92 317 35 444 762 844 949 142030	66 89 121 [1000] 51 221 [500] 305 424 513 826 85 [500]
882 14078 [500] 100 49 20 205 59 306 805 73 [3000]	94 [3000] 45 143012 188 417 621 48 943 54 79 144479	446 515 [3000] 763 918 88 145016 30 68 332 629 [500]
765 89 15012 117 19 34 85 247 92 302 597 776 812	483 96 702 [1000] 146187 402 63 78 [500] 631 77 89	53 96 702 [1000] 146187 402 63 78 [500] 631 77 89
622 66 [500] 16045 72 151 82 85 212 [500] 36 301	905 710 13 41 147027 [1000] 135 41 56 394 81	[1000] 531 [500] 783 [500] 904 82 148063 158 89 79
97 734 17045 87 135 236 46 66 549 639 942 46 18107	403 40 544 72 618 47 149702 102 221 29 327 568 934	150183 492 641 [3000] 54 80 713 57 [3000] 69
246 68 329 471 885 728 810 191300 50 127 80 267 [500]	907 [1000] 25 39 57 151027 28 [1000] 250 498 545	907 [1000] 25 39 57 151027 28 [1000] 250 498 545
647 88 [500] 711 837	71 601 94 152100 37 [1000] 228 91 315 43 437 58 88	861 630 63 711 [1000] 961 153435 513 688 784 821
20230 300 42 827 914 50 21767 85 815 22061	[500] 154038 142 200 50 329 534 [500] 744 98 912	28 69 155105 22 27 54 292 377 448 673 815 940
379 91 447 55 537 754 65 [500] 818 922 39 78 23036	156004 62 86 [500] 370 617 68 725 157180 251 75	78 328 436 67 83 508 25 699 789 802 158267 80 328
286 327 693 763 902 37 40 24032 386 411 28 991 710	158 [1000] 433 509 [500] 43 704 81 809 977 97	58 [1000] 433 509 [500] 43 704 81 809 977 97
92 945 25159 309 57 631 712 51 75 98 885 900 26399	160161 69 216 410 63 522 786 838 92 161108	237 [1000] 41 62 568 62 85 92 97 913 34 71 162046
403 6 [3000] 551 81 792 585 982 27062 51 85 142	[500] 75 121 342 86 [500] 480 624 [500] 831 163300	888 812 892 [500] 84 87 [1000] 975 164137 256 345
[3000] 624 751 847 987 28081 221 24 50 88 388 633	907 910 51 55 64 [500] 165208 35 41 [3000] 60 306	02 912 702 [500] 55 848 82 94 81 166227 38 73 437
203 832 29138 60 234 306 [500] 682	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202	15001 501 52 [1000] 932 [500] 63
30112 14 [500] 21 32 95 258 392 515 58 636 815	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
61719 [1000] 141 [3000] 228 335 457 60 87 [3000] 65	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
715 785 99 876 [500] 85 [500] 42027 77 122 91 277	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
940 [3000] 54 [500] 451 75 872 711 54 43013 [1000]	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
119 70 410 72 697 731 47 68 827 921 38 44233 80	69 177008 82 89 361 83 [5000] 553 54 81 635 42	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541
346 73 407 569 972 [500] 76 45138 47 86 255 73 300	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202	15001 501 52 [1000] 932 [500] 63
56 [1000] 78 88 460 501 638 768 78 909 46115 37 61	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
305 [1000] 478 563 38 61 [500] 794 957 [500] 75 [1000]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
47013 41 51 92 98 269 78 [1000] 637 746 880 [500]	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
48249 [1000] 55 434 [3000] 38 58 532 77 621 953 64	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
49259 229 411 [3000] 29 58 532 919	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202
50101 [500] 45 484 51000 283 307 38 60 409	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
[500] 831 907 11 12 86 52250 72 332 635 927 53184	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
211 560 [3000] 54404 44 27 252 666 706 820 72 80	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
908 16 55031 [500] 145 233 340 983 56234 414 627	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
36 922 [500] 57070 80 224 33 688 [500] 761 902 95	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202
58152 205 [1000] 14 57 301 440 [500] 539 84 639 867	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
59009 48 301 35 600 30 752 [500] 85	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
60058 126 [500] 46 92 [500] 245 401 797 836 70	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
61223 497 506 613 721 64 62223 97 320 25 63 576 97	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
903 63071 487 69 500 643 751 879 64112 228 327 72	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202
404 13 56 89 [500] 504 46 894 48 774 822 65237 94	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
442 60 [1000] 7 829 63 99 [500] 993 66232 396 89	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
630 41 619 732 907 78 67090 182 240 300 [1000] 458	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
[5000] 83 845 612 706 844 68100 [500] 207 90 63	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
301 69 [3000] 77 661 761 69094 157 236 394 [1000]	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202
99 627 28 72 628 96	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
70063 171 203 40 309 76 93 730 61 828 71068	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
151 220 384 854 665 [1000] 774 810 56 947 72889	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
103 74 203 432 551 735 850 73071 129 276 354 [500]	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
899 74109 331 548 898 987 75123 [500] 430 628	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202
97 807 995 76015 45 84 183 308 38 65 900 77487	170140 295 326 [3000] 555 608 92 730 851 947	171909 465 [1000] 551 845 918 172019 522 439 524
804 923 [500] 78525 729 953 58 92 79050 60 120	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]	613 26 [3000] 769 859 980 173929 [3000] 36 221 [500]
62 [500] 94 211 92 313 437 640 101 967	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65	62 94 416 528 635 628 174207 16 [3000] 94 301 65
80002 95 498 [3000] 623 785 905 81101 83 291	62 680 845 914 57 89 [1000] 175434 44 393 [500] 448	591 51 976 176170 215 403 651 57 92 99 912 [500] 46
[3000] 244 56 [3000] 27 483 504 690 975 82255 [500]	64 971 178131 35 352 [500] 409 16 676 80 [500] 541	25 516 688 168088 [500] 206 355 271 169006 202
72 115 53 74 220 333 63 588 649 988 83308 26 39 60	170140 295 326 [3000] 555 608 9	

In dieser Woche: Extra-Preise für Konfektion, Pelzwaren und Kleiderstoffe.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, geben wir doppelte Rabatt-Marken.

Fielitz-Brikets advertisement with crossed hammers logo and text describing the product and price.

Arnold Sprengel advertisement for a clothing store, listing various items like hats, shoes, and coats.

H. & P. Uder advertisement for cigars and furniture, including prices and contact information.

Kufeke's Kindermehl advertisement with a large logo and text about its benefits for children's digestion.

Kleine Anzeigen advertisement with a large logo and text about classified ads.

Verkäufe section listing various items for sale such as winter coats, shoes, and furniture.

Ringelstücken, Hobbin, Schneidmaschinen advertisement listing various sewing and household items.

Wasserrei, Kottgehend, fränkischer, Cperngläser, Koffer, Revolver, etc. advertisement listing various household and travel items.

Verschiedenes section listing various miscellaneous items for sale.

Vermietungen section listing various rental properties and rooms.

Arbeitsmarkt section listing job openings and employment opportunities.